:antifaschistische nachrichten Nr. 25-26

g 3336 18.12.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Rieger will Gemeinde Faßberg aushebeln

CELLE. Der Rechtextremist Rieger ist von seinem Kaufvertrag für das marode Hotel „Landhaus Gerhus“ in Fassberg (Kreis Celle) zurückgetreten. Entsprechende Verhandlungen mit der Erbengemeinschaft haben stattgefunden, die den Bau am Ortsrand von Fassberg für 1,28 Millionen Euro an den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden verkaufen wollte. Rieger will nach eigenen Angaben das Gebäude jetzt bei einer möglichen Zwangsversteigerung erwerben. Bislang hat die Kommune geplant, das Vorkaufsrecht auszuüben und dann an einen Investor für ein Heim für Demenzkranke oder eine Hospizklinik weiterzuverkaufen. Diesen Plan hat Rieger jetzt durch seinen Rücktritt zunichte gemacht. Die Gemeinde und der Landkreis wollen jetzt erneut mit der Erbengemeinschaft und mit der Bank sprechen, um evtl. doch noch zu einer Einigung zu kommen und die Zwangsversteigerung zu umgehen. Gutachter der Bank schätzen den Wert des Gebäudes auf rund eine Million Euro, ein Gutachter der Kommune hatte einen wesentlich geringeren Wert ermittelt. Rieger will in dem Gebäude nach eigenen Angaben den Hotelbetrieb wieder aufnehmen und auf dem Gelände NPD-Treffen veranstalten.

bee - Quelle: HAZ 27.11.2008 ■

„Pro Köln“ plant neuen Kongress

KÖLN. Für den 9. und 10. Mai plant „pro Köln“ eine Neuauflage des im September verhinderten „Anti-Islamisierungskongresses. „Als Redner werden Islamkritiker und Spitzenfunktionäre rechtspopulistischer Vereinigungen aus ganz Europa auftreten“, heißt es auf ihrer Internetseite. OB Schramma gegenüber der Kölnischen Rundschau: „Der sog. Kongress ist genauso wenig willkommen wie beim ersten Mal“ und es werde „eine souveräne Antwort“ geben. *u.b.* ■

Diese Ausgabe der Antifaschistischen Nachrichten ist wegen der Feiertage eine Doppelnummer. Die Nr. 1-2009 erscheint am 15. Januar 2009.

Protest zeigt Wirkung: Verkauf von Gefängnistüren aus Santa-Fu gestoppt

HAMBURG. Der Verkauf von Gefängnistüren aus der Justizvollzugsanstalt Fuhlsbüttel wurde nach der Intervention der Linksfraktion von Justizsenator Till Steffen (GAL) am Wochenende gestoppt. Die innen- und justizpolitische Sprecherin der Fraktion, Christiane Schneider, hatte mit ihrer Kleinen Anfrage an den Senat den historischen Kontext der Gefängnistüren (Fuhlsbüttel war Gestapo-Gefängnis und KZ Außenlager) thematisiert und detaillierte Aufklärung über die aktuellen Hintergründe des Verkaufs eingefordert.

Vorausgegangen war eine Vermarktungs-Aktion zum Verkauf der Gefängnistüren aufgrund eines „Public-Private-Partnership“ der Justizbehörde mit den Werbeagenturen „something“, „Schewestudio“ und „Markenwerke“, die unter der Internetadresse www.santa-fu.de firmieren und „heiße Ware aus dem Knast“ verkaufen. Angepriesen wurde die „Weihnachtsaktion“ auf der Homepage mit den Worten: „Ob für die kreative Werkstatt, den witzigen Modeladen, den coolen Partykeller oder die verrückte Bar – wir beraten Sie mit Phantasie und Ideen“. Die BILD-Zeitung berichtet am 1.12.2008, dass die Justizbehörde jeder Tür „Echtheitszertifikate“ beilegt. Die Welt vermeldete am 5.12.2008, dass der Schauspieler Jan Fedder sich eine „Knasttür“ als „Weihnachtsgeschenk“ gekauft hatte. Die Welt im Wortlaut: „Das Gefängnis hatte, passend zur Adventszeit, 24 Türen zum Verkauf angeboten.“

Die Gefängnistüren stammen nach Auskunft des Justizbehördensprechers aus dem Haus II der JVA Fuhlsbüttel. Dieser sternförmige Gebäudekomplex, in Hamburg „Santa-Fu“ genannt, wurde 1906 als Zuchthaus fertig gestellt.

Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme hat in ihrer Ausstellung „Kola-Fu – ein Ort der Willkür und Gewalt“ zu den Strafanstalten Fuhlsbüttel und dem Konzentrationslager den geschichtlichen Zusammenhang, in dem die Gefängnistüren seit der Nazi-Diktatur stehen, klar formuliert:

„Die Strafanstalten Fuhlsbüttel wurden ab April 1933 zu einem Hauptort nationalsozialistischer Verfolgung durch Hamburger Polizei, Justiz, SA und SS. Das Zuchthaus und das Gefängnis waren in der gesamten Zeit des Nationalsozialismus überfüllt – auch mit Tausenden politischen Regimegegnern, die durch die Strafgerichte abgeurteilt wurden.“

Am 4. September 1933 wurde im ehemaligen Frauengefängnis das „Konzentrationslager Fuhlsbüttel“ gegründet, das 1936 in „Polizeigefängnis“ umbenannt wurde, ohne dass sich an den menschenverachtenden Haftbedingungen für die Gefangenen etwas änderte. Aus den Strafanstalten Fuhlsbüttel wurden mehr als einhundert Gefangene des Zuchthauses und sogenannte „Sicherungsverwahrte“ ab 1942 in Konzentrationslager zur „Vernichtung durch Arbeit“ überstellt.

Im Zuchthaus selbst wurde von Oktober 1944 bis Februar 1945 ein Außenlager des KZ Neuengamme untergebracht, in dem ca. 1500 Häftlinge inhaftiert waren.

weiter Seite 3

Neonazis wollen wiederkommen – an Heiligabend!

AACHEN. Reitz und seine Bande wollten am 8. November durch Aachen marschieren. Ausgerechnet zum Jahrestag der Pogrome gegen Synagogen, wollten sie der „deutschen Opfer“, also der Brandstifter und Brandleger, der Plünderer und Gaffer gedenken. Das Bundesverfassungsgericht gab den Nazis die Straße frei. Der Polizeipräsident in Aachen erlaubte nur eine Stehkundgebung am Bahnhof und die Nazis waren sauer. Gegendemonstranten hatten die Zufahrtswege in die Stadt abgeriegelt und machten Lärm, so dass die Neonazis ihr eigenes Wort nicht verstanden. In der Stadt schützten bis zu 3000 Menschen den Synagogenplatz.

Jetzt wollen die Neonazis trotzig sein, stampfen mit dem Knobelbecher auf und versuchen es am Heiligabend noch mal. Um 10.00 Uhr wollen sie am Hauptbahnhof auflaufen. Es gilt aber für alle Tage, also auch für Heiligabend: Kein Fußbreit den Faschisten!

Antifaschisten rufen deshalb dazu auf, am Mittwoch 24.12. um 9.00 Uhr zum Hauptbahnhof Aachen zu kommen - mit gültigem Fahrausweis, falls die Nazis zu einem anderen Bahnhof geschafft werden. *VVN-BdA Aachen* ■

„Wir sind Aachen – Nazis sind es nicht“

AACHEN. Unter der Überschrift „Wir sind Aachen – Nazis sind es nicht“ hat der Rat der Stadt Achen am letzten Mittwoch einstimmig eine Erklärung verabschiedet, in der sich alle Fraktionen erneut gegen „öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen demokratiefeindlicher Parteien und Organisationen“ aussprechen. Hintergrund ist die für Heiligabend angemeldete Demonstration von Neonazis in Aachen (siehe oben).

Erneut spricht sich der Rat darin für ein zügiges Verbot der NPD und aller anderen rechtsextremen Organisationen aus. Mit „Faschismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit“ wolle Aachen nichts zu tun haben, heißt es in der Erklärung. Zugleich nimmt der Rat kritisch Stellung zum Spruch des Bundesverfassungsgerichts, das eine rechtsextreme Kundgebung am 8. November in Aachen zugelassen hat. Der Aufmarsch sei eine „zynische Provokation“ gewesen und habe „das sittliche Empfinden der Bürger erheblich beeinträchtigt“. Wörtlich heißt es: „Der Rat hält dem Bundesverfassungsgericht entgegen, dass Meinungs- und Versammlungsfreiheit nicht für solche Elemente gelten können, die die Demokratie in unserem Staat abschaffen wollen.“ Die faschistische Gesinnung der Demonstranten ziele auf die Grundwerte unserer Verfassung.

Der Rat würde daher auch ein Verbot der neuerlich angemeldeten Demonstration an Heiligabend befürworten, dies sei jedoch juristisch nicht durchsetzbar, heißt es weiter. Stattdessen hat der Rat nun eine Informationskampagne beschlossen, um über die Gefahren von Rechts aufzuklären. Die Resolution wurde von den Vorsitzenden aller Fraktionen unterzeichnet.

Quelle: Aachener Nachrichten, 10.12.2008 ■

Antifaschistische Demonstration gegen Nazitreffen in Eschede – Gedenken an Peter Deutschmann

ESCHEDE. Am 20. Dezember 2008 wollen Neonazis aus Norddeutschland eine Wintersonnwendfeier auf dem Hof des NPD-Mitglieds Joachim Nahtz durchführen. Seit Jahren finden dort Veranstaltungen neonazistischer Organisationen und Parteien statt. In den letzten drei Jahren hat sich das Grundstück von Joachim Nahtz zum zentralen Veranstaltungsort der norddeutschen Neonaziszene entwickelt. An keinen anderen Ort in Niedersachsen finden so häufig und regelmäßig größere Naziveranstaltungen statt. Dabei haben die Sonnenwendfeiern im Juni und Dezember besondere Bedeutung bei der Zelebrierung nationalsozialistischer Ideologie.

Auf dem Hof von Nazi Nahtz können sich Neonazis aus vielen Regionen Norddeutschlands und auch darüber hinaus treffen, vernetzen und Absprachen vereinbaren. Organisatorin der Veranstaltungen ist in den letzten Jahren die „Kameradschaft 73 Celle“, um den Naziaktivisten Dennis Bührig aus Celle.

Die „Kameradschaft 73 Celle“ ist eine der größeren neonazistischen Kameradschaften in Niedersachsen. Sie ist Teil des Verbundes „Nationale Sozialisten Niedersachsen“, dem zurzeit wichtigsten Netzwerk gewaltbereiter und offen nationalsozialistisch auftretender Kameradschaftsgruppen in Niedersachsen. Enge Verbindungen unterhält sie auch zur NPD, deren Aktivitäten die Kameradschaft in der Region übernimmt. So traten die beiden Kameradschaftsanführer Dennis Bührig und Klaus Hellmund als Direktkandidaten für die NPD zur letzten Landtagswahl an.

Durch die verschiedenen Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz, hat die Bedeutung der „Kameradschaft 73 Celle“ in der norddeutschen Neonazistruktur erheblich zugenommen und deren Mitgliederzahl steigt stetig. Dennis Bührig ist zudem der Anmelder des Naziaufmarsches am 1. Mai 2009 in Hannover.

Am 21. Juni 2008 demonstrierten rund 300 Menschen gegen die Nazitreffen in Eschede, nachdem die Treffen auf dem Hof Nahtz wurden jahrelang stillschweigend hingenommen. Erst im Jahr 2007 fanden erste kleinere Proteste statt. Mit der antifaschistischen Demonstration im Juni 2008 wurde zum ersten Mal lauter und deutlicher der Protest gegen die Nazis artikuliert. Mit der Demonstration am 20. Dezember soll jetzt daran angeknüpft werden und ein Signal für vielfältige und gemeinsame Aktivitäten gegen die Neonazis gesetzt werden.

Erinnert werden soll auch an Peter Deutschmann. Am 10. August 1999 wurde der Escheder Peter Deutschmann von den beiden Escheder Nazi-Skinheads Marco Siedbürger und Johannes Markus K. getötet. Die beiden Nazis wurden zu fünfjährigen Haftstrafen verurteilt. Marco Siedbürger schloss sich nach seiner Haftentlassung der Schaumburger Naziszene an. Er gehört seit Jahren zu den gewalttätigsten Naziaktivisten und war an div. Übergriffen beteiligt. Bis heute zieht es ihn in seine alte Heimat zurück und er ist steter Besucher der Veranstaltungen auf dem Hof Nahtz.

Die Demonstration wird um 12.30 Uhr am Bahnhof beginnen. Am Ortsausgang Richtung Uelzen (B 191), wird eine Zwischenkundgebung stattfinden. In unmittelbarer Nähe zum Zwischenkundgebungsort lebte Peter Deutschmann. Die Demonstration wird später wieder am Bahnhof enden.

Eine Kundgebung in Hörweite zum Hof Nahtz will der Landkreis Celle und die Polizei wie schon im Juni nicht zulassen und hat die antifaschistische Demonstration auf die südliche Ortshälfte beschränkt.

Hintergrundinfos: www.antifa-lg.de/docs/081220-a.htm
Quelle: Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen und Antifaschistische Aktion Celle [AAC] ■

Friedliche Kunstaktion am NPD-„Bürgerbüro“ durch Polizei und Presse diskreditiert!

LEIPZIG. Am Abend des 4.12.2008 kamen in Leipzig-Lindenau spontan ca. 60 Menschen zusammen, um dem NPD-Zentrum in der Odermannstraße eine künstlerische Absage zu erteilen. Während ein Chor musikalische Beiträge darbot und zahlreiche ZuhörerInnen applaudierten, bedrohten die im „Bürgerbüro“ des NPD-Abgeordneten Winfried Petzold versammelten Personen die friedli-

che, spontane Zusammenkunft mit Feuerwerkskörpern.

Nach kurzer Zeit verließen die SängerInnen und ZuhörerInnen den Ort in Richtung Karl-Heine-Straße, begleitet von drei Fahrzeugen der Polizei, und wurden wenig später festgesetzt. Es folgte eine äußerst langwierige erkennungsdienstliche Behandlung aller anwesenden Personen.

Die Maßnahme wurde von den Teilnehmenden als vollkommen willkürlich empfunden. Von der Kunstaktion ging keinerlei Gewalt gegen Personen oder Sachen aus, es handelte sich um eine absolut friedliche Aktion.

Es handelt sich insofern um eine Falschdarstellung, wenn die Leipziger Volkszeitung in Bezug auf die TeilnehmerInnen des spätabendlichen Chorauftrittes von „Randalierern“ und „Linksextremisten“ schreibt. Ungeprüfte, einseitige Berichterstattung spielt der Propaganda der NPD in die Hände. Insofern scheint Winfried Petzolds Strategie aufzugehen, mit falschen Behauptungen und Anzeigen bei der Polizei die öffentliche Wahrnehmung des Protests zu beeinflussen und Menschen einzuschüchtern.

Bereits nach der letzten Spontan-Kundgebung von AntifaschistInnen in der Nähe des NPD-“Bürgerbüros“ am 25.11. versuchte Petzold, die ebenfalls friedliche Aktion mit völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen als gewalttätigen Angriff darzustellen.

So behauptete Petzold in einer Pressemitteilung, TeilnehmerInnen der Demonstration hätten das „Bürgerbüro“ mit Pflastersteinen und Leuchtspurmunition beschossen und zwei Fahrzeuge zerstört. Da sich diese Vorwürfe nicht halten ließen, auch weil die während der Kundgebung anwesende Polizei keine derartigen Ereignisse beobachtet hatte, rückte Petzold in einem weiteren „Bürgerbrief“von der Version ab und behauptete nun, die DemonstrantInnen hätten versucht, mit Leitern in das Gelände einzudringen. Auch dazu gibt es von Polizeiseite keine Bestätigung.

Im Unterschied zur Kundgebung am 25.11. war diesmal die Polizei nicht anwesend, und kann damit nicht als Zeuge fungieren.

„Ladenschluss“ Aktionsbündnis gegen Nazis, www.ladenschluss.blogsport.de
Email: ladenschluss@email.de
aus Pressemitteilung vom 5.12.2008 ■

Fortsetzung von Seite 1

Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung waren politische Häftlinge, insbesondere Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Juden, die als sogenannte „Rassenschänder“ verurteilt wurden, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und ausländische Zwangsarbeiter. Während des Krieges wurden auch ca. 400 Jugendliche der „Swing Jugend“ in das Lager eingesperrt.

In dem „Gedenkbuch Kola-Fu – Für die Opfer aus dem Konzentrationslager, Gestapogefängnis und KZ Außenlager Fuhlsbüttel“ ist dokumentiert, dass zwischen 1933 und 1945 innerhalb der Mauern des „Kola-Fu“, im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses und im KZ Neuengamme oder anderen Hinrichtungsstätten der Hamburger Gestapo über 200 Häftlinge des KZ bzw. Polizeigefängnisses Fuhlsbüttel ums Leben kamen. „Sie wurden erschlagen, gehenkt, erschossen, in den Tod getrieben oder starben aufgrund der unmenschlichen Haftbedingungen“, heißt es in der von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme herausgegebenen Publikation.

Eine von der Justizbehörde Hamburg eingesetzte Arbeitsgruppe zum Thema „Hamburger Justiz im Nationalsozialismus“ hat ihre Ergebnisse unter dem Titel „Für Führer, Volk und Vaterland…“ im Jahre 1992 veröffentlicht. Im Vorwort schreibt die ehemalige Justizsenatorin Lore Maria Peschel-Gutzeit (SPD): „Der verfehlte Umgang der Justiz mit ihrer Vergangenheit hat sie nach 1945 immer wieder ins Zweilicht gebracht. Die so gut wie ungebrochene Weiterbeschäftigung von Richtern und Staatsanwälten aus der NS-Zeit und die in den fünfziger Jahren faktisch zum Erliegen gekommene Strafverfolgung von NS-Verbrechen waren auch in Hamburg schlimme Fehlentwicklungen. Noch schwerer aber wiegt, dass – mit Ausnahme einiger Mitglieder von Standgerichten des Jahres 1945 – kein Richter oder Staatsanwalt wegen seiner Beteiligung an Unrechtsurteilen der NS-Zeit von einem bundesdeutschen Gericht rechtskräftig verurteilt wurde. In diesem Zusammenhang ist mit Recht von einer Selbst-Amnestierung der Justiz für die von ihr verübten Verbrechen gesprochen worden.“

Die Anstrengungen zur Aufarbeitung der NS-Justizgeschichte sind in Hamburg in den siebziger Jahren intensiviert worden, über zwanzig StaatsanwältInnen befassten sich mit der systematischen Aufklärung von NS-Verbrechen. In den achtziger Jahren wurden die ersten Unrechts-Urteile aufgehoben und Initiativen zur Hilfe und Unterstützung von NS-Opfern auf den Weg gebracht.

Interessant ist der Hinweis der Justizsenatorin Anfang der neunziger Jahre, dass es „hohe Zeit“ sei, „dass endlich auch die Pläne für ein Dokumentations- und Forschungszentrum zur NS-Justiz realisiert werden.“ Denn „nur wer seine Vergangenheit kennt, kann der Gegenwart gerecht werden, um die Zukunft zu bestehen“.

Deutlicher kann man die Notwendigkeit der Aufarbeitung der NS-Justizgeschichte nicht formulieren. Der aktuelle Vorfall im Dezember 2008 zeigt, dass diese Aufarbeitung nach wie vor eine dringende Aufgabe ist, die in Hamburg von der Forschungsstelle Zeitgeschichte und der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gemeinsam mit anderen Institutionen vorangetrieben werden müsste.

Die Linksfraktion hat deshalb den Senat gefragt, ob er bereit wäre, die Gefängnistüren für eine Ausstellung zum Thema Justiz- und Gefängnisgeschichte zur Verfügung zu stellen. Am Freitag, den 12.12.2008 wird der Senat diese Frage beantworten müssen.

Bela Rogalla ■

Regierung zählt nur 40 Tote durch rechte Gewalt

Berlin. Von der Wiedervereinigung bis Ende 2007 haben die Polizeien der Länder dem Bundeskriminalamt „insgesamt 40 Todesopfer politisch rechts motivierter Gewalt gemeldet“, wie das Bundesinnenministerium in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und ihrer Linksfraktion berichtet. Vor drei Jahren hatte das BKA noch eine etwas höhere Zahl genannt. Damals waren es 41 Todesopfer rechter Gewalt. Außerdem ergaben schon 2003 gemeinsame Recherchen des Berliner Tagesspiegels und der „Frankfurter Rundschau“, dass seit Oktober 1990 rechts motivierte Täter mindestens 99 Menschen getötet haben.

Es gebe einen „eklatanten und zunehmenden Widerspruch“ zwischen den Zahlen, die Journalisten und Initiativen ermittelt haben, und den Zahlen des Bundesinnenministeriums, so Petra Pau. Außerdem sei „auf wundersame Weise“ aus →

der amtlichen Statistik ein Tötungsdelikt verschwunden, das 2005 noch registriert war.

Welches Tötungsverbrechen aus der Statistik herausgefallen ist, war am Mittwoch offiziell nicht zu erfahren. Vermutlich handelt es sich um den Fall des im März 2005 in Dortmund von einem Skinhead erstochenen Punks. Das Landgericht hatte im November 2005 im Urteil gegen den Täter einen politischen Hintergrund des Angriffs verneint.

Die Linksfraktion hatte in ihrer Anfrage auch vier Tötungsverbrechen aus diesem Jahr erwähnt. Es ging um zwei Fälle in Sachsen-Anhalt und je eine Tat in Berlin und Brandenburg. Bei den Beschuldigten gibt es Indizien für eine rechtsextreme oder, im Berliner Fall, zumindest rassistische Gesinnung. Die vier Taten haben die Landeskriminalämter nicht als rechts motiviert gemeldet. Die strafrechtlichen Verfahren sind noch im Gange.

Das Bundesinnenministerium verweist bei Kritik an den gemeldeten Zahlen zu Todesopfern rechter Gewalt an die Länder. Dort liege die „Bewertungshoheit“, sagte Altmeier im September im Bundestag auf eine Frage von Pau.

Quelle: Tagesspiegel vom 11.12.2008 ■

Zug der Erinnerung: CDU-Parteitag: Fortführung des Gedenkens sicherstellen!

BERLIN//SAARBRÜCKEN. Die CDU Deutschlands hat auf ihrem Stuttgarter Parteitag einstimmig beschlossen, den „Zug der Erinnerung“ bei seiner kommenden Fahrt durch über 60 Städte zu unterstützen. Die CDU werde darauf hinwirken, „dass die Deutsche Bahn AG auf Streckenentgelte für die Nutzung des Gleiskörpers sowie auf Stehgebühren in den Bahnhöfen verzichtet; alternativ soll dem Projektträger durch den Bund eine Zuwendung in Höhe der von der Deutschen Bahn erhobenen Gebühren gewährt werden“, heißt es in dem Beschluss. Er wurde jetzt an die CDU-Bundestagsfraktion in Berlin überwiesen. Den Antrag hatte die CDU-Saar eingebracht, deren Engagement 2008 zum erfolgreichen Aufenthalt des Zuges in Saarbrücken maßgeblich beitrug.

In der Begründung führt die CDU u.a. aus: „Der Verein (‚Zug der Erinnerung‘) und die regionalen Partner finanzieren die mit der Ausstellung verbundenen Auslagen für den Zug, die Ausstellung, die wissenschaftliche Begleitung der Ausstellung, die zentrale Organisation und ergänzende Veranstaltungen in eigener Regie. Das Anliegen des Vereins, durch die Bahn AG von den Gebühren für die Nutzung des Schienennetzes und der Standplätze an den Bahnhöfen befreit zu werden, wurde von Seiten des Vorstandes der Bahn AG ebenso wenig wie das Engagement als solches unterstützt. Hierdurch sind dem Verein Kosten in Höhe von rund 100.000 EUR entstanden.“

In der weiteren Begründung erinnert die CDU, dass der Deutsche Bundestag die Aktivitäten des Trägervereins noch vor kurzem gewürdigt hatte – als „beispielhaftes zivilgesellschaftliches Engagement“. Die Erwähnung war fraktionsübergreifend zustande gekommen. Auch SPD, die Partei Bündnis 90/Die Grünen und die FDP stimmten im Oktober dafür. Als den Worten Taten folgen sollten, war die interfraktionelle Übereinstimmung jedoch beendet: Dem Antrag der Grünen auf praktische Unterstützung folgten die Regierungsparteien im Haushaltsausschuss nicht.

Der CDU-Parteitag wendet sich mit dem jetzigen Beschluss an die CDU-Bundestagsfraktion, damit diese auf Regierungsebene interveniert. Abschließend heißt es in der Begründung: „Der Zug der Erinnerung wurde an sehr vielen Stationen durch engagierte Christdemokraten vor Ort unterstützt. Hervorzuheben ist vor allem das Engagement der Ministerpräsidenten des Saarlandes, Sachsens und Thüringens, die den ‘Zug der Erinnerung’ in Städten ihres Bundeslandes empfangen haben. Im Kontext dieser Unterstützung soll die Fortführung des Projekts durch die anteilige Unterstützung durch Übernahme der Gebühren ermöglicht werden.“

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Keine Unterstützung aus Stuttgart – Landesstiftung und Landeszentrale für politische Bildung lehnen Förderung ab

STUTTGART/OFFENBURG. Bei dem bevorstehenden Gedenken in mindestens 7 badischen und württembergischen Städten kann der „Zug der Erinnerung“ auf keinerlei Unterstützung durch die „Landeszentrale für politische Bildung“ rechnen. Eine beantragte Förderung für Ausstellungen auf den Bahnhöfen von Baden-Baden, Offenburg, Freiburg, Konstanz (Friedrichshafen), Ravensburg, Biberach und Ulm bezeichnete die „Landeszentrale“ als „absolut unrealistisch“. Aus diesen Regionen wurden von den deutschen Rassisten mehrere 100 Kinder und Jugendliche in die NS-Konzentrations- und Vernichtungslager verschleppt. Landesweit dürften es über Tausend sein, die nie mehr zurück kehrten.

Die Bürgerinitiative hatte auf eine Unterstützung in Höhe von rund 20 Prozent der in Baden-Württemberg anfallenden Kosten für die örtliche Spurensuche nach den Deportierten und für die lokale pädagogische Betreuung gehofft. Wegen anderer Projekte sei ein solcher Förderungsumfang ausgeschlossen, teilte die „Landeszentrale“ mit. Aber nicht einmal 1 Prozent wurde gewährt. Der „Zug der Erinnerung“ erhält von der „Landeszentrale“ keinen Cent, weil ihre Ausstattung dafür nicht ausreiche.

Die „Landesstiftung Baden-Württemberg“, die „Orte des Erinnerns“ fördert, gab einer Unterstützung des Zuges ebenfalls „keine Chancen“. Als Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stiftung fungiert der

VVN-BdA Düsseldorf ehrt Heinrich Heine

Die TeilnehmerInnen einer mehrtägigen Studienreise der VVN-BdA Düsseldorf vom 27.11. bis 30.11.08 nach Paris legten auf dem Cimetière Montmartre am Grabmal Heinrich Heine’s ein Blumengebinde nieder und gedachten so dem großen Dichter unserer Stadt. Das Besuchsprogramm der VVN-BdA Düsseldorf umfasste den beeindruckenden Besuch des Memorial de la Shoah, welches an die deportierten und ermordeten Jüdinnen und Juden aus Frankreich erinnert. An der Mauer mit den eingravierten Namen der 72.000 Opfer des Faschismus legte die Delegation Blumen für die zehn ermordeten Familienmitglieder von Henny Dreifuss (ehemalige Kämpferin der französischen Résistance und heutiges Kreisvorstands-mitglied der VVN-BdA Düsseldorf) nieder. Gespräche fanden mit VertreterInnen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ASF-Frankreich und überlebenden Widerstandskämpfern der Résistance statt.

VVN-BdA Düsseldorf, Jürgen Schuh (Kreissprecher) ■

Köln, 13.12. „pro Köln“ weggetrommelt

Stuttgarter Ministerpräsident, Günther H. Oettinger. Zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats gehören u.a. der Kultusminister, der Wissenschaftsminister, der Justizminister, der Finanzminister, der Wirtschaftsminister und die Sozialministerin des Bundeslandes. Wegen zwanzigfacher Überzeichnung der entsprechenden Stiftungsmittel würden „nur noch hochkarätige Veranstaltungen wie Konzerte“ Zuwendungen erhalten, erklärt die Stiftung auf Anfrage.

Mehrere kommunale Ansprechpartner wollen den Zug 2009 auf jeden Fall nach Baden-Württemberg bringen. In Kehl und Offenburg haben sich Trägerkreise gegründet, die konkrete Vorbereitungen treffen. Hier arbeiten u.a. die Archive und die Stadtmuseen, die Historischen Vereine beider Städte und die Fachgruppe Jüdische Geschichte der Evangelischen Landeskirche zusammen. Auch in Heidelberg besteht ein ähnlich breiter Zusammenschluss, dem u.a. der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“ angehört. In Heidelberg wird bereits an einem Begleitprogramm für den Zugaufenthalt gearbeitet. In Freiburg hat der Oberbürgermeister Unterstützung zugesagt, in Konstanz engagiert sich das dortige Stadtoberhaupt.

Der „Zug der Erinnerung“ wird nicht zum ersten Mal in Baden-Württemberg sein. Im vergangenen Jahr hatte der DGB-Bezirk die parteiübergreifende Initiative in 8 Städten (Mannheim, Karlsruhe, Ettlingen, Vaihingen, Stuttgart, Esslingen, Tübingen, Mühlacker) maßgeblich unterstützt. Nur mit Hilfe des DGBs war es gelungen, Desinteresse und Widerstände gegen das Gedenken zu überwinden. „Der ‚Zug der Erinnerung‘ hat in Baden-Württemberg einen konkreten und erfolgreichen Beitrag in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus geleistet“, sagt Wolfgang Brach, Vorsitzender der DGB-Region Stuttgart.

www.zug-der-erinnerung.eu ■

Köln, 13.12. Es ist zu früh und zu kalt. Samstagmorgen 10.30 Uhr und unter Null °C. Es gibt Angenehmeres als um diese Zeit vor einer Moschee herumzustehen.

„Pro Köln“ hatte für 11 Uhr ihre monatliche Mahnwache angekündigt „Gegen die Islamisierung Deutschlands“ . Die Polizei hatte die Venloer Straße gesperrt. Die Gegendemonstranten waren aufgeteilt: Fahnen- und Transparentträger wurden an den Sperren rund um die Moschee aufgehalten und Einzelne, vor allem Ältere konnten als Passanten ihrer Wege gehen und sich vor der Moschee sammeln. Dort war von der Gemeinde schon heißer Tee bereitgestellt.

Dann bog der Zug von Pro Köln um die Ecke. Ca 100 Leute, eine Inflation an Deutschlandfahnen. Wer keine Fahne hatte, trug Schilder oder Transparente. Dabei eine 20-köpfige Delegation aus Sachsen („Wir müssen die Islamisierung so früh wie möglich im Westen stoppen, ehe sie uns im Osten erreicht!“)

Die Prominenz ergreift das Mikrofon und hält gewichtige Reden: Der CDU-Überläufer im Bundestag Henry Nitzsche proklamierte, der Gott dem das Grundgesetz verpflichtet ist, sei der christliche Gott und nicht Allah. Manfred Rouhs schwadroniert von der abgehalfterten politischen Klasse, die das Land regiert und macht am Horizont eine aufsteigende neue Führungselite aus, die Deutschland auf seinen nationalen Weg zurück bringt. Wenn man sich diese Elite so ansieht und hört, weiß man nicht, ob man weinen oder lachen soll – irgendwie ist beides angemessen. Jörg Uckermann begrüßt die Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger, die weit und breit nicht zu sehen sind. Die Reden werden beendet mit „Wir-sind-das-Volk“-Rufen und einer asynchronen krächzenden Carmina-Burana-Version.

Die etwa gleich große Zahl der Gegendemonstranten, die dem Geisterzug gleich gegenüber stand, hatte zunächst mit Trillerpfeifen und „Nazis raus“ dem Gegner akustisch Paroli geboten. Doch dann kam Bewegung in die Szene: Die ersten Tabletts, auf denen serviert worden war, wurden zu Blechinstrumenten umfunktioniert. Nach und nach wurde die gesamte Küche der Moschee leer geräumt und Topf- und Deckel schlagend wurde ein ganzes Orchester aufgestellt.

Was wurde erreicht? Pro Kölns Mahnwache war dank des antifaschistischen Widerstandes eine Geisterveranstaltung. Sie hatten bis nach Sachsen mobilisiert und keine Ehrenfelder haben sie gehört. Unsere Mobilisierung war angemessen und kann jederzeit erhöht werden.

Den Rechtsradikalen Paroli bieten, wo sie auftreten, ist das Eine. Die tägliche Auseinandersetzung mit dem Rassismus und der Xenophobie in den Köpfen ist ungleich schwieriger. *pb* ■

„pro Köln“-Kundgebung mit Sachsentruppe

Die NPD in Sachsen vor dem Superwahljahr 2009

Im September 2004 zog die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Landtag des Freistaates Sachsen ein. Zwölf Neonazis gewannen Sitze im Abgeordnetenhaus. Die Mehrheit der sächsischen Öffentlichkeit sprach von Protestwähler/innen. Die NPD begann mit dem Aufbau eines hochkarätigen Mitarbeiterstabes und tanzte den demokratischen Parteien in den ersten Monaten auf der Nase herum.

Inzwischen hat sich einiges geändert. Die demokratischen Parteien haben im sächsischen Landtag Erfahrungen im Umgang mit den Neonazis gesammelt und versuchen diese zu nutzen. Nur noch die Hälfte der ursprünglich gewählten NPD-Abgeordneten sind in der Fraktion. Drei NPDler sind aus Partei und Fraktion ausgetreten, Klaus-Jürgen Menzel wurde ausgeschlossen, Uwe Leichsenring verstarb bei einem Unfall und Matthias Paul verwickelte sich in einer Kinderpornographie-Affäre. Die Nachrückerliste ist vollständig aufgebraucht und die Neonazis verfügen zur Zeit über 8 Landtagsabgeordnete der NPD in Sachsen. Trotz der Querelen und Zerwürfnisse hat die NPD eine scheinbar gleichbleibende Zustimmung in der Wahlbevölkerung. Die meisten Umfragen bescheinigen ihnen einen sicheren Wiedereinzug in den Landtag.

Nicht nur die demokratischen Parteien, sondern auch die NPD hat dazugelernt und nutzt die Parlamente vielfältig zur Erreichung ihrer Ziele. Weniger als ein Jahr vor den kommenden sächsischen Landtagswahlen sollen mit Hilfe einer Publikation unterschiedliche Perspektiven auf die Arbeit der NPD in Sachsen geworfen werden. Die Landtagsfraktion und ihr Umfeld bilden dabei einen Schwerpunkt. Dazu hat das Redaktionskollektiv NiP (Nazis in den Parlamenten) in Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk Weiterdenken und der Heinrich Böll-Stiftung, verschiedene Autor/innen zusammen getragen, die zu diesem Thema arbeiten.

Der Sammelband „Die NPD im sächsischen Landtag. Analysen und Hintergründe 2008." erscheint voraussichtlich Anfang Dezember und kann gegen Rückporto bei der

Stiftung Weiterdenken,
Schützengasse 18,
01067 Dresden bestellt werden.

Quelle: antifa-info@linksparteisachsen.de ■

Fortsetzung:

Die extreme Rechte reagiert auf Obama (Schwerpunkt Frankreich)

Aus Platzgründen konnte in der vorletzten Ausgabe der AN (vom 20.11.2008) die Darstellung der Positionen aus der extremen Rechten zur Wahl des künftigen US-Präsidenten Barack Obama nicht vollständig erscheinen. Da es aber einerseits bis zur Amtseinführung des 44. Staatsoberhaupts der USA (am 20. Januar 2009) noch ein bisschen hin ist, das Ereignis andererseits von planetarer Bedeutung erscheint, soll die Zusammenstellung der Positionen aus der europäischen extremen Rechten hier doch noch vervollständigt werden. Eine Untersuchung der Positionen aus der nordamerikanischen Rechten, die zweifellos – vom Ku Klux Klan bis zu durchgeknallten neonazistischen Splittergruppen – in naher Zukunft aktiv auf den politischen Umbruch agieren und möglicherweise auch einen bewaffneten Risikofaktor darstellen wird, wäre einen eigenen Artikel wert.

Setzen wir also unsere Darstellung der unterschiedlichen Positionen innerhalb der extremen Rechten fort. Eine Pro-McCain-Haltung findet sich – innerhalb der europäischen extremen Rechten – im Falle Österreichs am ehesten noch in der Wählerschaft des BZÖ, damals noch unter Jörg Haider. Die „radikaler" bzw. „extremistischer" auftretende FPÖ hatte hingegen nur einen verschwindend kleinen Anteil von McCain-Sympathisanten in den Reihen ihrer Wählerschaft. (SIEHE AUCH KASTEN) In Frankreich fand sich die stärkste McCain-Unterstützung bei der ‚Nouvelle Droite Républicaine' (NDR, „Republikanische Neue Rechte") unter dem früheren FN-Politiker Jean-François Touzé, die im Herbst 2008 gegründet wurde. Touzé hatte sich 2007 noch als einer von vier Anwärtern auf die Nachfolge Jean-Marie Le Pens zu profilieren versucht, dann aber enttäuscht dessen Partei verlassen. (Vgl. zu den Positionen der NDR auch schon: AN vom 20. 11.2008)

Die NDR organisiert übrigens am 1. März 2009 ihre erste Großveranstaltung

BERICHTIGUNG ZU ÖSTERREICH

Die Angaben in der vorletzten Ausgabe der AN, bezüglich der Haltung der Wählerschaften beider rechtsextremen Parteien Österreichs (BZÖ/FPÖ) zu Obama respektive McCain, waren nicht ganz exakt.

Richtig wiedergegeben waren die Umfragewerte insofern, als nur eine mehr oder minder kleine Minderheit unter der Anhängerschaft ALLER österreichischen Parteien explizit McCain unterstützt hätte. (Im nationalen Durchschnitt: 7 Prozent.) Eine Mehrheit hätte – aus einer Gemengelage von unterschiedlichen, eher „linken" wie eher „rechten" (d.h. Europa gegen den US-amerikanischen" Unilateralismus" verteidigenden) Motiven heraus – Obama gewählt, falls die Leute denn hätten können. Und dies geht wirklich quer durch alle österreichischen Parteien, wobei unter den größeren Parteien der Wert allerdings beim BZÖ (Jörg Haiders Partei bis zu seinem Ableben) am niedrigsten ausfiel. Ein inländischer Zeitungsbericht dazu: „Nicht nur rund 89 Prozent der befragten SPÖ- und Grün-Wähler tendieren laut den Umfrageergebnissen stärker dazu, Barack Obama zu wählen. Auch rund 80 Prozent der ÖVP-, 72 Prozent der FPÖ- und 69 Prozent der BZÖ-Wähler würden laut der Online-Umfrage dem afroamerikanischen demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten ihre Stimme geben. "

Unrichtig wiedergegeben war hingegen die Angabe, die Zustimmung zum Gegenkandidaten McCain habe in der BZÖ-Wählerschaft am höchsten gelegen. Dieser Anteil (19 %) bezieht sich nicht auf den Parteien-Anhang des BZÖ, sondern auf die Wählerschaft im Bundesland Kärnten: „McCain bekäme in Kärnten mit rund 19 Prozent die höchste Wahlzustimmung." Dieser Superlativ, „am höchsten", bezog sich auf den Vergleich zwischen österreichischen Bundesländern. Nun wählte Kärnten zwar mit Abstand am stärksten „rechtspopulistisch" bzw. „rechtsextrem" (im September 2008 stimmte Kärnten zu 38,5 % BZÖ und zu 7,6 % für die FPÖ). Dennoch müsste man, würde man über genauere Zahlen verfügen, diese Zustimmungsquote zu McCain noch auf die einzelnen Partei-Wählerschaften aufschlüsseln.

Gesichert dürfte es jedoch sein, dass es eine (rechtsbürgerliche, „rechtspopulistische", rechtskonservative, rechtsextreme) McCain-Unterstützerschaft einerseits, und einen eher generell gegen die USA als solche auftretende rechte Haltung andererseits gegeben hat. IDEALTYPISCH war Erstere eher beim BZÖ, Letztgenannte eher bei der FPÖ angesiedelt. Dabei handelt es sich selbstverständlich um Vereinfachungen und Durchschnittswerte.

Quelle: http://www.kleinezeitung.at/nachrichten/uswahl/1580482/index.do

in Paris unter dem Motto ‚Pour une nouvelle alliance occidentale' (Für ein neues westliche/abendländisches Bündnis) und unter dem Symbol des Militärbündnisses NATO. Die bisherige Kleinpartei ist also keinesfalls „antiamerikanisch". Ihre Ablehnung des künftigen Präsidenten Obama geht mit einer Nähe zur US-amerikanischen Rechten, mit „hartem" Wirtschaftsliberalismus und mit anti-schwarzem Rassismus einher. In mehreren Artikeln von Autoren, die der israelischen Rechten (und den Ideologien der Siedler) nahe stehen – wie Michel Gurfinkiel, Autor u.a. beim rechten und armeenahen französischen Wochenmagazin ‚Valeurs actuellers' – liest man auf der Webpage der NDR ferner, Obama sei nicht pro-israelisch genug. Seine Berater, oh Frevel!, hätten in der Vergangenheit Verhandlungen mit der „terroristischen" PLO der 1990er Jahre das Wort geredet und diese dadurch aufgewertet.

Französische extreme Rechte: Gegen Obama als Schwarzen – oder als Judenfreund?

Nun aber zu den sonstigen Positionen, die auf der extremen Rechten zu der Frage eingenommen wurden.

Eine entgegengesetzte Position zu jener (oben zitierten) der NDR nahm die NDP oder ‚Nouvelle Droite Populaire' (ungefähr: Neue Rechte der kleinen Leute) ein. Bei beiden handelt es sich, vergröbert gesprochen, um kleine parteiförmige Absplitterungen vom Front National. Dabei gilt Jean-François Touzé als der „Modernisierin" und Anwärterin auf den Chefposten, Marine Le Pen, nahe stehend. Hingegen zählen die Anführer und Ideologen der am 1. Juni 2008 gegründeten ‚Nouvelle Droite Populaire' – Robert Spieler, Roland Hélie, ... – zu ihren stärksten Gegnern: Die „Cheftochter" ist ihnen verhasst wie kaum jemand sonst innerhalb des rechten Lagers.

Die NDP weist zwar ebenfalls, ähnlich wie die NDR (die im Gegensatz zu ihr die Kandidatur McCains unterstützte), rassistische Beweggründe zur Ablehnung Obamas auf. Auch wird er – wie bei anderen Strömungen der Rechten – als angeblicher Moslem oder jedenfalls Moslemfreund denunziert. So wird auf einem NDP-nahen Blog als Beleg für die drohende Barbarei vermeldet, dass in einem kurdischen Dorf im Südosten der Türkei „das Blut von 44 Opferschafen vergossen" worden sei, um die Wahl Obamas zu feiern (sic). – Aber solche rassistisch-„westlichen" Motivationen stehen bei dieser Strömung nicht absolut im Vordergrund. Darüber hinaus formuliert die NDP weitaus eher ihre generelle Ablehnung des US-Systems.

Stärker noch als die schwarze Hautfarbe des künftigen US-Präsidenten betont sie in ihren ersten Stellungnahmen, dieser habe sich – so der faktische Gedanke - durch die „jüdische Lobby" vor ihren Karren spannen lassen. In einem Artikel auf der NDP-Homepage in den ersten Tagen nach der Wahl heißt es: „Und wo geht Obama 12 Stunden nach seiner Wahl hin?" Dort geht es um einen - kurzen – Auftritt Obamas beim AIPAC, einem pro-israelischen Lobbyinstitut, das tatsächlich nicht ganz einflusslos auf die Politik des US-Establishments ist. Bei der NDP geht es jedoch jenseits konkreter politischer Interessen vor allem darum, eine vermeintliche Allmacht der Juden über die US-Politiker herbei zu halluzinieren.

Die allgemeine Position der NDP drückt wohl am besten ihr Sprecher Robert Spieler, ein rechtsextremer elsässischer Regionalist und Fürsprecher eines ‚weißen Europa', in einer Erklärung vom 5. November aus: „Amerika ist tot, es lebe Europa!" Und er fügt hinzu: „Der Kampf für unser Überleben findet heute auf dem europäischen Kontinent statt. Was die Zukunft Amerikas betrifft, „ne me frego" (ital.: „Es ist mir scheißegal")."

In mehreren Erklärung aus unterschiedlichen Strömungen der extremen Rechten Frankreichs wird Obama nicht an erster Stelle als „Schwarzer" angegriffen, sondern vorrangig als Vertreter einer „globalistischen Politik", respektive multinationalen Elite, und/oder als Judenfreund (sinngemäß). So ist am 7. November 2008 auf der Webpage ‚VoxNR' („Stimme der Nationalrevolutionäre"), die sich gerne „befreiungsnationalistisch" und „antiimperialistisch" – ja, wenn es der Demagogie nutzt und gegen die USA geht, auch „Dritte Welt"-freundlich – gibt, eine Stellungnahme unter der unzweideutigen Überschrift zu lesen: „Shalom, Barack!" Autor ist Christian Bouchet, der „Nationalbolschewist", der nunmehr die Rubrik Außenpolitik der neuen, 14tägig erschei-

Maßlos überzogener Polizeieinsatz am 6. Dezember in Lichtenberg

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes -Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) dankt allen Berlinerinnen und Berlinern, die sich an den fantasievollen und lautstarken Protesten und Kundgebungen gegen den Naziaufmarsch am 6. Dezember in Karlshorst und Lichtenberg beteiligt haben. Dem zivilen Ungehorsam vieler Bürgerinnen und Bürger ist es auch zu verdanken, dass die Neonazis nicht durch den Weitlingkiez, ein als ihre Hochburg angesehenes Wohnquartier, ziehen konnten.

Foto: Neues Deutschland 8.12.08, Ulli Winkler

Als weit überzogen und viel zu teuer erwies sich indes der martialische Einsatz der Polizei, die den gespenstigen Naziaufmarsch mit einem enormen Aufwand an Personal und Technik begleitete. Teilnehmer an den Protesten wurden bereits am Bahnhof Karlshorst durch eine weiträumige Absperrung daran gehindert, ihren Versammlungsort zu betreten und sich ungestört zu versammeln. Auf der Strecke wurden Gegendemonstranten nicht nur ständig abgedrängt, sondern bei friedlichen Sitzblockaden gewaltsam von der Straße geschleift. Davon waren auch Bewohnerinnen und Bewohner aus Lichtenberg und sogar ältere Mitglieder der VVN-BdA betroffen. Auf die rassistischen und antisemitischen Sprechchöre aus der Nazidemonstration, z.B. „nie, nie wieder Israel", reagierte die Polizei nicht.

Die Zivilgesellschaft hat am 6. Dezember in Berlin die von Politikern gern und oft geforderte „Zivilcourage" gezeigt. Wir erwarten, dass dieser Polizeieinsatz kritisch ausgewertet wird und eine Entschuldigung bei den Demonstranten mit der Rücknahme aller angedrohten Bußgeldbescheide einhergeht.

Wir werden auch künftig den Nazis nicht die Straßen und Plätze überlassen, wenn es sein muss, auch mit friedlichem zivilem Ungehorsam.

Hans Coppi
Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Antifaschistische Initiative Moabit [AIM] Berlin,
http://www.antifa-moabit.de.vu,
Mitglied im Berliner VVN-BdA ■

nenden rechtsextremen Wochenzeitung ‚Flash' leitet. Auf ähnliche Weise wird einige Tage später die Wahl von Rahm Emanuel, eines als pro-israelisch geltenden jüdischen Politikers aus dem US-Staat Illinois, zum Leiter des Präsidialbüros unter Obama kommentiert: „Der Enthusiasmus der Araber und der Iraner" (nach der Abwahl Bushs) „hat eine kalte Dusche erfahren".

Der Rassenideologie Pierre Vial, Leiter des Zirkels ‚Terre et peuple' (Volk & Erde) und Teilnehmer an der Gründungsversammlung der NDP am 1. Juni 2008 in Paris, schreibt seinerseits am 13. November auf der rechtsextremen Webpage ‚Novopress' unter der Überschrift „Der Mischling, Amerika und die Ethnopolitik". Seiner Auffassung nach stellt sich die Frage: „Obama, schwarz oder Mischling?" und die Antwort lautet: „Obama kann umso felsenfester behaupten, es gebe (künftig) weder Schwarze noch Weiße, als er selbst nicht schwarz und nicht weiß ist.", Sondern, so die Logik Vials, ein „Mischling". Aus seiner Sicht ist dies weitaus schlimmer als ein „reiner" Afrikaner... Aber, fährt der Rassenideologe fort, Politik müsse von den „ethnischen Realitäten" ausgehen, und Letztere meldeten sich – nachdem die Obamas Wahl begleitenden Reden vorbei seien – alsbald zurück. In Wirklichkeit feierten Schwarze und Araber, die auch in Frankreich Obamas Wahlsieg bejubelten, „die Niederlage des Weißen". Noch entscheidender aber sei, dass hinter den Kulissen „die wahren Inhaber der Macht" – das nicht an Nationen gebundene, kosmopolitische Kapital – weiterhin die Macht in den USA ausübe. Und, fügt Vial hinzu, „die USA unter Obama werden, wie unter Bush, den jüdischen Staat (Israel) bedingungslos unterstützen. Sei es um den Preis eines Dritten Weltkriegs." Nunmehr gelte es, die richtige Seite im Kampf zu wählen: „Auf der einen Seite jene, die die angeblich von Obama verkörperte ‚Neue Welt' akzeptieren. Auf der anderen Seite jene, die sie ablehnen und entschlossen sind, sie zu bekämpfen."

Ähnlich argumentieren die ‚Identitaires', die ebenso aktivistische wie rassenideologische Strömung der französischen extremen Rechten, die vor dem Hintergrund der Krise des FN derzeit an Bedeutung gewinnt. Eine Stellungnahme vom 5. November 2008 ist folgerichtig übertitelt mit den Worten: „Barack Obama ist weder schwarz noch weiß: Er ist mondialiste!" (Letztgenannter Begriff bedeutet ungefähr: Globalist/Universalist/Kosmopolit, von ‚le monde' = die Welt.)

Jean-Yves Le Gallou, der Chef der rechten Denkfabrik „Stiftung Polemia" und frühere Nummer Zwei des MNR (der sich aus der aktiven Parteipolitik zurückgezogen hat), versucht sich an einer Synthese aus dem Rassismus gegen Schwarze und andere Minderheiten einerseits – der globalen Ablehnung des US-Modells, des „Mondialismus" und der Hegemonie einer liberalen Variante des Kapitalismus andererseits. Er schreibt am 5. November 2008 u.a.: „Der Erfolg Obamas ist das (= basiert auf dem) Bündnis von Wall Street und Hollywood. (...) Obama repräsentiert den Prototypen der neuen weltweiten Einheitsideologie: Mischling, mondialiste, Sozialdemokrat, Linker, ‚Antirasssist'. Er ist der Präsident des Amerika der von Sozialleistungen lebenden (gemeint: ethnischen) Minderheiten einerseits und der mondialisierten/weltweiten Hyperklasse andererseits, welche die weißen Mittelklassen unterwirft." Und er fährt fort: „Indem sie Obama wählen, haben die USA mit dem gebrochen, was Samuel Huntington als fundamentale Elemente ihrer Identität betrachtet: die angelsächsische Kultur, die englische Sprache. Werden sie ihre Macht behalten können? Die Enttäuschungen folgen nach!"

Zu einem kleinen ideologischen Schlagabtausch kam es vor diesem Hintergrund zwischen dem „klassischen" FN einerseits, der Strömung rund um die ‚Identitaires' – denen sich auch Le Gallou stark angenähert hat – andererseits. In einer ersten Reaktion am Tag der Wahl Barack Obamas hatte Jean-Marie Le Pen (noch im Sinne des klassischen kolonialrassistischen Paternalismus, mit dem er – während Frankreich noch eine führende Kolonialmacht war – politisch aufgewachsen ist) sich noch gönnerhaft gegeben. Er sei „nicht schockiert". Die Wahl eines Kandidaten wie Obama sei nichts Außerordentliches für ihn, erklärte Jean-Marie Le Pen dabei, und er habe „keine Lehren zu empfangen". Denn schon im Jahr 1956 habe er, Le Pen, „einen Schwarzen als Zweiten auf meiner Liste" (zur damaligen Parlamentswahl, bei der JMLP als seinerzeit jüngster Abgeordneter gewählt wurde) antreten lassen: einen Antillais (Karibikfranzosen). Letzterer sei „wie eine Mischung aus Obama und McCain" gewesen, da er einerseits schwarz, andererseits aber ein ehemaliger militärischer Held gewesen sei. Diese Story kann übrigens sehr gut wirklich zutreffen: Es würde dem damaligen Kolonialgeist – der weniger auf säuberliche „Trennung zwischen den Rassen" wie der spätere Rassismus, sondern vielmehr auf ein Zusammenleben bei gleichzeitiger Hierarchisierung zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen hinauslief – entsprechen. Ansonsten fügte Le Pen freilich, im Geiste der rechten „Mondialismus"kritik, auch hinzu, Obama sei „ein Benetton-Kandidat", der für die globale Mischung eintrete, und „alle großen Lobbies" hätten ihn bzw. seine Kandidatur finanziert.

Der schwarze, karibikfranzösische FN-Politiker Stéphan Durbec – Regionalparlamentarier in Marseille und einer der Getreuen Jean-Marie Le Pens in Zeiten der Parteikrise – fühlte sich infolge dieser Äußerungen seines langjährigen politischen Schutz- und Schirmherrn wohl beflügelt. Und erklärte der heimischen Presse, er selbst sei „der einzige Obama unserer Region" (Provence-Alpes-Côte d'Azur" und „sein (des US-Präsidenten) Zwillingsbruder in der Politik". Und er fügte in seinem Kommuniqué hinzu: „Oui, nous pouvons!" Eine holperige Übersetzung des Slogans „Yes, we can."

Daraufhin übernahm die, den ‚Identitaires' nahe stehende, ultra-rechtsextreme Webpage „Novopress" diese, doch reichlich naiven, Auslassungen in einem eigenen Bericht. Unter der Überschrift „Der französische Obama existiert, er ist beim Front National" fügte der rechtsradikale Infodienst hinzu, und hier wurde es glatt bösartig: „Nicht nur auf der Ebene der Hautpigmentierung, auch auf jener der Ideen unterscheidet Durbec – Mitglied im Zentralkomitee des FN – sich nicht von Obama."

Die Ideologiedebatte auf der extremen Rechten kommt eben selten ohne Häme aus. Ohne Rassismus und/oder Antisemitismus freilich schon gar nicht...

Bernhard Schmid, Paris ■

ANKÜNDIGUNG:

Laut einem Bericht der französischen Sonntagszeitung ‚JDD' vom 14. Dezember 2008 wird Präsident Nicolas Sarkozy am Mittwoch, 17. Dezember ein „Maßnahmenpaket zur Förderung der Diversität vorstellen". Unter diesen Begriff – diversité – fasst man im neueren französischen Sprachgebrauch die sichtbare Präsenz respektive Vertretung von Angehöriger „ethnischer Minderheiten", sei es in Unternehmen oder der Politik. Auch der öffentliche Raum und die Medien (etwa die Besetzung der Posten von Nachrichtensprecher/inne/n) sind betroffen.

Präsident Sarkozy scheint fest entschlossen, auf der aktuellen „Obama-Welle" zu surfen, wie er auch andere politische Erscheinungen jeweils zeitnah für sich und seine „Kommunikation" (vulgo PR) zu nutzen verstand. Am Tag nach der Wahl Barack Obamas ernannte er beispielsweise seinen ersten „schwarzen Präfekten" in einem französischen Département. Anfang Dezember war dann sein „Präfekt mit Migrationshintergrund" an der Reihe – der künftig den Zentralstaat im Département Seine-Saint-Denis (in der nördlichen Pariser Vorstadtzone), also dem Bezirk mit dem höchsten Einwanderer-Anteil, vertreten wird.

Zu den geplanten Maßnahmen im Einzelnen werden wir in einer der beiden kommenden Ausgaben noch ausführlich berichten. ■

Landsberg:

2000 Menschen demonstrieren gegen Neonaziaufmarsch

Rund 2000 Menschen haben am Samstag, 29. November 2008 in Landsberg am Lech friedlich gegen einen Neonaziaufmarsch demonstriert. Die Kundgebung der rund 80 Neonazis, die ebenfalls am Hauptplatz stattfand, wurde von einem gellenden Pfeifkonzert begleitet, so dass die Rede des einschlägigen NPD-Kaders Roland Wuttke auch von den eigenen Leuten kaum zu verstehen war. An zahlreichen Gebäuden hingen Transparente mit Parolen wie „Diese Stadt hat Nazis satt".

Der Demonstrationszug der Neonazis aus dem Spektrum der NPD und der militanten Freien Kameradschaften war einen Tag zuvor vom Bayerischen Verwal-

tungsgerichtshof in letzter Instanz genehmigt worden und wurde von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt. Die Marschroute, die durch die gesamte Stadt hätte führen sollen, wurde jedoch stark verkürzt. Trotz einzelner Verstöße gegen das Vermummungsverbot durch Neonazis griff die Polizei nicht ein. Ursprünglich wollten die Rechtsextremisten, unter ihnen bekannte Kader wie der Münchner Philipp Hasselbach, am Spöttinger Friedhof vorbeimarschieren.

Auf dem inzwischen entwidmeten Friedhof, der zum Landsberger Gefängnis gehört, sind zahlreiche NS-Kriegsverbrecher beerdigt, die von den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg in Landsberg hingerichtet worden waren.

Kriegsverbrecherfriedhof als Wallfahrtsort für Neonazis

In den vergangenen Jahren war der Friedhof Wallfahrtsort für Neonazis, regelmäßig wurden, etwa an Hitlers Geburtstag, Gebinde an den Gräbern abgelegt. Um diesem Treiben Einhalt zu gebieten, ließ das Bayerische Justizministerium vor fünf Jahren den Friedhof entwidmen. Zwar wurden die Namensschilder an den Kreuzen abgeschraubt, die Kreuze jedoch stehen gelassen. Auch eine damals zugesagte ausführliche Erinnerungstafel wurde immer noch nicht aufgestellt. Eine Landsberger Bürgerinitiative um den Inhaber eines örtlichen Schuhgeschäfts sammelte bis vor kurzem Unterschriften dafür, dass der Friedhof wieder geweiht wird. Denn für so manchen Landsberger sind die dort liegenden Massenmörder nicht etwa Kriegsverbrecher sondern Kriegsverurteilte – also quasi Justizopfer. Auch auf der Homepage einer örtlichen Wählergemeinschaft waren bis vor Kurzem noch revisionistische Leserbriefe zu lesen, die eine Wiederwidmung des Friedhofs forderten. In diese Kerbe haben nun die Neonazis geschlagen. Unter dem Motto „Landsberg steht zu seiner Geschichte" forderten sie unter anderem, dass ihre Pilgerstätte wieder offiziell ein Friedhof wird. Auf dem Spöttinger Friedhof sind zahlreiche Massenmörder beerdigt, unter anderem Oswald Pohl, der im Wirtschaftsverwaltungshauptamt zuständig war für alle Konzentrationslager des Deutschen Reiches.

Auch einige Kommandeure der Einsatzgruppen, die für den Mord an tausenden Juden in Osteuropa verantwortlich waren, sind dort beerdigt, sowie Lagerkommandanten des Konzentrationslagers Dachau und der Kauferinger Lager. Im Lagerkomplex Kaufering, bestehend aus elf KZs, die in den letzten Kriegsmonaten rund um Landsberg errichtet worden waren, ermordeten die Deutschen über 14.000 Menschen – vor allem Juden aus Osteuropa, die unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit für das Rüstungsprojekt „Ringeltaube" verrichten mussten. Die Überlebenden dieser Lager zeigten sich besonders entsetzt darüber, dass 63 Jahre später Neonazis in Landsberg marschieren dürfen.

Hitlerzelle, „Stadt der Jugend", Schlageterstein

Die Lechstadt ist für Neonazis gleich in mehrfacher Hinsicht ein symbolischer Ort: Hier saß Adolf Hitler einst hinter Gittern, im Landsberger Gefängnis diktierte er 1923 Teile seines Machwerks „Mein Kampf". Nach 1933 wurde die Hitlerzelle zum Wallfahrtsort, Landsberg zur „Stadt der Jugend" erkoren, neben München als Hauptstadt der Bewegung und Nürnberg, der Stadt der Reichsparteitage. Abordnungen der Hitler- Jugend marschierten aus dem ganzen Reich in die Lechstadt, um vor der Hitlerzelle einen Eid auf den Führer zu schwören und anschließend mit Fackeln zum Appell auf dem Hauptplatz anzutreten. Auf diesem Hauptplatz durften nun 70 Jahre später Neonazis aufmarschieren.

Immerhin hatte der Verwaltungsgerichtshof ihnen verboten, anschließend zum sogenannten Schlageter-Stein weiterzumarschieren. Dieses Denkmal hat in den vergangenen Monaten einige Aufregung in Landsberg verursacht, nachdem Künstler den Stein umgekippt hatten, um auf das Denkmal aufmerksam zu machen. Der Oberbürgermeister hatte daraufhin Anzeige wegen Sachbeschädigung erstattet. Der Stein erinnert an den rechten Freischärler Albert Leo Schlageter, der 1923 während der so genannten Ruhrkämpfe von den Franzosen hingerichtet wurde und später von den Nationalsozialisten zum Märtyrer stilisiert wurde. Schon kurz nach seinem Tod wurden im ganzen Deutschen Reich hunderte Gedenksteine errichtet, der in Landsberg war einer der ersten.

In der NS-Zeit marschierten auch am Landsberger Schlageterstein Abordnungen der Hitler-Jugend auf. Nun haben ihn auch die Neonazis wiederentdeckt. Erst vor einem halben Jahr trafen sich dort mehrere Dutzend Aktivisten zu einer "Gedenkveranstaltung".

„Steht Landsberg zu seiner Geschichte?"

Mit ihrem erneuten Aufmarsch am Samstag haben die Neonazis nun zumindest einige Bewegung in die Diskussion um die Landsberger Vergangenheit gebracht, die bislang vor allem durch heftige Auseinandersetzungen geprägt war. Vor allem viele junge Leute haben sich im örtlichen Bündnis gegen Rechts engagiert und interessieren sich nun erstmals für die dunklen Kapitel der Landsberger Historie. Das Motto der Neonazi-Demonstration „Landsberg steht zu seiner Geschichte" könnte sich am Ende bewahrheiten – allerdings ganz anders als es die extremen Rechten gemeint haben.

www.aida-archiv.de ■

Neues Netzwerk gegen Rechts

MÜNCHEN. Eine städtische Koordinierungsstelle sowie eine Recherche- und Multiplikatorenstelle im Feierwerk sollen die Aktivitäten gegen Neonazis bündeln und verbessern. Angesichts der zunehmenden rechtsextremen Aktivitäten auch in München sieht sich die Stadt München im Zugzwang. Die Vorgehensweise von RechtsextremistInnen sei derart besorgniserregend, „dass wir mit neuen Strategien reagieren und mit pädagogischen Konzepten die Jugendlichen erreichen müssen“, sagte OB Christian Ude (SPD) zur „ Abendzeitung“.

Dem- und einem Antrag der SPD- und der Grünen-Fraktion entsprechend wird nun im Stadt-Direktorium eine Koordinierungsstelle eingerichtet, „deren Aufgabe es sein sollte, die vielfältigen aber über die Referate verteilten Aktivitäten gegen Rechtsextremismus zu bündeln und zu koordinieren und selbstverständlich auch die Aktivitäten außerhalb der Stadtverwaltung mit zu koordinieren.“ Darüber hinaus soll beim Jugendarbeits-Träger „Feierwerk“ eine „Recherche- und MultiplikatorInnenstelle“ eingerichtet werden, die rechtsextreme Aktivitäten beobachten, „stadtteil-, quartiers- und einrichtungsbezogen“ vorbeugend aufklären und Handlungsstrategien vermitteln soll. Diese Stelle wird auf der Arbeit des Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsarchivs (A.I.D.A) aufbauen, das erst im Januar von der Stadt München, dem Ausländerbeirat und dem Verein „Lichterkette e.V.“ mit dem „Förderpreis Münchner Lichtblicke“ ausgezeichnet worden war. Beide Stellen werden mit insgesamt 130.000 Euro Personal- und Sachkosten ausgestattet.

Hintergrund für die städtischen antifaschistischen Aktivitäten ist die Steigerung rechtsextremistischer Gewalttaten (laut Polizeibericht) um 50 % zwischen 2006 und 2007. „Der Rechtsextremismus ist jünger, aktivistischer und militanter geworden“, sagte Christian Ude der „Süddeutschen Zeitung“ dazu. Dieser Entwicklung müsse koordiniert begegnet werden. Ziel der Koordinierungsstelle, die bis Mitte 2009 eingerichtet sein soll, sei es daher, „dass alle relevanten Kräfte gemeinsam gezielter gegen rechtsextremistisches Treiben in München vorgehen können“, so der OB.

Zwar ist es erfreulich, dass die Stadt München den Handlungsbedarf für ein vermehrtes antifaschistischen Engagement erkannt hat. Inwiefern mit den beiden Stellen im kommenden Jahr aber effizienter gegen Neonazistrukturen vorgegangen werden kann, wird sich noch zeigen müssen. Besondere Bedeutung kommt hier sicherlich der Recherche- und MultiplikatorInnenstelle im Feierwerk zu. Die Ansiedlung bei einem der größten freien TrägerInnen für Jugendkultur entspricht dabei der Erkenntnis, dass sich die rechtsextremistische Szene auch aus anderen Subkulturen wie etwa der Gothic/Dark Wave-Szene rekrutiert und RechtsextremistInnen versuchen, in solche Jugendkulturen hineinzuwirken.

Im Feierwerk jedenfalls fand am letzten Samstag bereits das „Aufmucken gegen Rechts“-Fest statt. Zu Beginn des von der Gewerkschaftsjugend, der SDAJ und der „Linksjugend“ veranstalteten Festes erwartete das Publikum ein Vortrag von A.I.D.A. über rechtsextreme Jugendkulturen. *http://www.luzi-m.org/* ■

Zum 65. Jahrestag des Wehrmachtsmassakers im griechischen Kalavryta: Deutsche Regierung verweigert den Opfern Entschädigung

Im griechischen Kalavryta wird heute wie an jedem Jahrestag mit großer Anteilnahme den Opfern des Massakers gedacht: Am 13. Dezember 1943 erschossen deutsche Wehrmachtssoldaten 477 Männer aus Kalavryta im Alter zwischen 15 und 65 Jahren auf einem nahe gelegenen Feld. Die Ortschaft wurde geplündert und die meisten Häuser wurden niedergebrannt. Das ‚Unternehmen Kalavryta‘ war Teil einer groß angelegten Vergeltungsaktion, die die 117. Jägerdivision unter General Karl de Suire Anfang Dezember 1943 ausführte und bei der insgesamt fast 700 griechische Zivilisten ermordet und über 20 Ortschaften auf dem nördlichen Peloponnes zerstört wurden.

Deutschland verweigert bis heute den Opfern von NS-Massakern wie in Kalavryta eine finanzielle Entschädigung für ihr Leid und ihre materiellen Verluste. Es sei zu spät, man solle sich der Zukunft zuwenden, sagt die deutsche Regierung. Im Jahr 2000 sprach der damalige Bundespräsident Johannes Rau in Kalavryta lediglich von „Trauer und Scham“. Die Hinterbliebenen hatten zumindest eine Entschuldigung erwartet. Ihren Fragen nach Entschädigung wich Rau bewusst aus. „Allerdings sind [in Griechenland] noch eine Reihe von Klagen von Opfern und Hinterbliebenen wegen Verbrechen der deutschen Besatzung im 2. Weltkrieg anhängig“, wie das Auswärtige Amt zutreffend feststellt. So auch im Fall Kalavryta.

Dieses Verfahren vor dem Oberlandesgericht Patras kann zurzeit nur nicht weitergeführt werden. Denn nachdem der Areopag, das höchste griechische Gericht, im Jahr 2000 im Fall des SS-Massakers von Distomo Deutschland rechtskräftig auf Zahlung von Entschädigung verurteilt hatte, entschied der griechische Sondergerichtshof 2002 – auf massive deutsche Intervention nicht nur rechtlicher Natur – in einem anderen Entschädigungsverfahren, dass Deutschland nun doch Staatenimmunität genieße, also in Griechenland nicht mehr verklagt werden könne.

Die Hinterbliebenen brachten den Fall Kalavryta daher vor den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Dort wurde 2007 entschieden, dass das europäische Recht keinen Gerichtsstand in Griechenland begründe. Damit wären die Menschen aus Kalavryta jedoch rechtlos gestellt. Die Anwälte der Klägerinnen und Kläger aus Kalavryta haben daher den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angerufen. Rechtsanwalt Martin Klingner: „Straßburg soll entscheiden, dass die Verweigerung des Rechtswegs gegen die Menschenrechte der Opfer und Hinterbliebenen verstößt, um das Verfahren in Patras weiter führen zu können.“ Die juristische Auseinandersetzung im Fall Kalavryta wird also weiter gehen, genau wie die Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gegen Deutschland in Italien wegen des rechtskräftigen Urteils im Fall des NS-Kriegsverbrechens in Distomo. Die deutsche Regierung versucht jedoch im Bündnis mit der rechten italienischen Führung das höchstinstanzliche italienische Urteil in diesem und anderen Fällen durch eine fragwürdige Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu torpedieren.

Eine Delegation des Arbeitskreis Distomo wird an den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Opfer des Massakers von Kalavryta teilnehmen, um die Überlebenden, Hinterbliebenen und ihre Angehörige bei ihren Forderungen nach Anerkennung der Verbrechen und Entschädigung zu unterstützen.

Hamburg, den 13.12.2008
Arbeitskreis Distomo ■

Ehemaliger Sprecher der Flüchtlinge aus Katzhütte frei! Gericht untersagt die geplante Abschiebung

THÜRINGEN. Nachdem Mohammed Sbaih am 2. Dezember zum 2. Mal in diesem Jahr in Abschiebehaft genommen wurde, konnte durch die Intervention von the Voice Refugee Forum, der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und des Rechtsanwalts bei der Fluglinie, auf die die Abschiebung Herrn Sbaihs gebucht war, die Abschiebung gestoppt werden. Auch der Thüringer Flüchtlingsrat erhob sofort Protest.

Die intensive Verfolgung Herrn Sbaihs hat nach den Protesten in dem Isolationslager in Katzhütte/Saalfeld-Rudolstadt begonnen. Als Sanktion für die Forderung nach einer menschenwürdigen Unterbringung und Schließung des Orts der psychologischen Folter begannen die Ausländerbehörde in Eisenach (Sachbearbeiter Bischof) und das Landesamt in Weimar (Abteilungsleiter Reinhard) intensiv die Abschiebung Herrn Sbaihs vorzubereiten. Gleichzeitig versuchen die Behörden einen Weg für weitere Abschiebungen von palästinensischen Flüchtlinge frei zu machen. Weil die Abschiebung in das palästinensische Westjordanland und nach Gaza nicht möglich ist, versuchen die deutschen Behörden schon seit Jahren die Kollaboration (siehe auch http://www.thevoiceforum.org/node/991) der jordanischen Behörden zu erreichen. Anders als im Falle Nigerias (siehe link) waren die Versuche erfolglos. Unter welche Angeboten oder Täuschungen die jordanischen Behörden jetzt eine Zustimmung zur Durchreise des in Deutschland asylsuchenden Mohammed Sbaihs den thüringischen Behörden gegeben haben sollen, ist noch nicht aufgeklärt. Das Karawane-Netzwerk hat zu einer Faxkampagne http://thecaravan.org/ node/1758 an das jordanische Konsulat aufgerufen. Das Königreich Jordanien, in dem fast zwei Millionen palästinensische Flüchtlinge leben davon über dreihunderttausend in Flüchtlingslagern, hilft Deutschland seinen Krieg gegen Flüchtlinge und die Verweigerung der Anerkennung des Asylrechts umzusetzen. Insbesondere die palästinensische Gemeinde ist über den Vorstoß der deutschen Behörden alarmiert, gleichzeitig breitet sich Verärgerung über das Verhalten der jordanischen Behörden aus. Die palästinensische Gemeinde, Flüchtlingsorganisationen und Menschenrechtsorganisation fordern die Asylanerkennung der palästinensischen Flüchtlinge.

Aufgrund der für das Verwaltungsgericht Meinigen nicht in Kürze zu klärenden Situation an der Grenze zum Westjordanland untersagte es die Abschiebung. Mohamed Sbaih ist seit dem 12. Dezember 2008 aus der Haft entlassen. Zum zweiten Mal konnte der Angriff auf unser Menschenrecht abgewehrt werden. Wir danken allen, die sich auch diesmal wieder sofort engagiert haben.

12.12.2008, Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen – Hamburg, www.thecaravan.org // www.thevoiceforum.org ■

Abschiebung um jeden Preis – 62.000 Euro für einen Flug

BERLIN. Ulla Jelpke hatte sich in einer Schriftlichen Frage um Informationen zu einer Abschiebemaßnahme erkundigt, die mit der Fluggesellschaft „Jet Executive Charter International“ durchgeführt wurde. Zur nun vorliegenden Antwort erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. Im Bundestag:

Für die Abschiebung zweier Migranten aus Togo und Kamerun geben Behörden in Deutschland die fantastische Summe von 62.000 Euro aus. Davon trägt der Bund 37.000 Euro. Hier wird wirklich das Prinzip umgesetzt: Abschiebung um jeden Preis. Während für eine angemessene Versorgung von Asylsuchenden in Deutschland angeblich kein Geld da ist, wird es bei Abschiebungen buchstäblich in die Luft geblasen.

Es geht hier auch nicht um einen Einzelfall. Nach Angaben der Bundesregierung wurden in diesem Jahr bereits neun Mal Abschiebungen mit der fraglichen Fluggesellschaft durchgeführt. Die Kosten dafür dürften sich in etwa der gleichen Höhe bewegen wie in diesem Fall.

DIE LINKE. bleibt dabei: statt teurer Abschiebungen in menschenrechtlich zweifelhafte Regimes muss die Lage von Asylsuchenden in Deutschland verbessert werden. Das geht nur mit der Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes.

Die vollständige Antwort der Bundesregierung kann auf der Seite www.ulla-jelpke.de heruntergeladen werden.

Pressemitteilung vom 9.12.2008
Ulla Jelpke, MdB ■

Antirassistische Demonstration in Neuss

NEUSS. Am 29. November 2008 fand zum 9. Mal anlässlich des „Internationalen Aktionstages gegen Gewalt gegen Frauen“, in der Neusser Innenstadt eine Demonstration statt. Bis zu 300 Menschen aus feministischen, antirassistischen und antifaschistischen Zusammenhängen gingen auf die Straße, um gegen staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus Position zu beziehen.

Die Demonstration zog lautstark zum Abschiebeknast. In mehrsprachigen Redebeiträgen und Parolen wurde die Solidarität mit den inhaftierten Frauen und die Ablehnung der herrschenden Abschiebemechanismen ausgedrückt.

Unmittelbar nach Auflösung der Veranstaltung kam es zu einem Übergriff der anwesenden Polizeikräfte. Aufgrund eines Vorfalls, der sich im Vorjahr zugetragen haben soll, wurde unter Einsatz physischer Gewalt eine Personalienfeststellung erzwungen.

Karin Brause von der Antifaschistischen Aktion Neuss, die in Zusammenarbeit mit dem Aktionsbündnis für globale Bewegungsfreiheit die Veranstaltung organisiert hat, zieht ein positives Fazit des Tages: „Auch dieses Jahr beteiligten sich wieder viele engagierte Menschen an den Protesten gegen den rassistischen und sexistischen Normalzustand. Wir rufen schon jetzt dazu auf, auch nächstes Jahr wieder nach Neuss zu kommen, wenn die Demonstration gegen den hiesigen Frauenabschiebeknast zum 10. Mal stattfinden wird.“

Antifaschistische Aktion Neuss
http://www.antifaneuss.tk ■

EU will 10.000 Flüchtlinge aus dem Irak aufnehmen

HANNOVER. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen begrüßt den Beschluss der EU-Innenminister, die Aufnahme von an Leib und Leben bedrohten Flüchtlingen im Rahmen nationaler Programme auf freiwilliger Basis zu ermöglichen. Die Bereitschaft zu einer solchen Aufnahme hatten die Innenminister von Bund und Ländern bereits auf ihrer letzten Konferenz am 21.11.2008 erklärt. Von einer organisierten Rettungspolitik könne zwar nach wie vor keine Rede sein, heißt es in der Erklärung des Flüchtlingsrates. Angesichts des Ausmaßes der Flüchtlingsnot sei die von den Innenministern von Bund und Ländern ins Feld geführte Zahl von 2500 Flüchtlingen lächerlich gering. Aber immerhin soll die Tür zur Festung Europa für bedrohte Flüchtlinge aus dem Irak zumindest einen Spalt breit geöffnet werden.Weiter heißt es:

„Das Angebot der Innenminister Schünemann (Niedersachsen) und Bruch (Rheinland-Pfalz), leerstehende Kapazitäten in Friedland und Trier für eine kurz-

fristige Erstaufnahme bereitzustellen, ist erfreulich. Im Interesse einer gelingenden Integration muss eine Verteilung der Flüchtlinge an den Ort ihrer Wahl jedoch schnell und unbürokratisch erfolgen. In einer Reihe von Städten gibt es bereits Unterstützer-Netzwerke für die Flüchtlinge, u.a. auch in Göttingen (näheres siehe http://www.save-me-kampagne.de/lokale-kampagnen.38.html).

Der Flüchtlingsrat ruft deshalb Städte und Kommunen dazu auf, ihre Bereitschaft zu einer Aufnahme von Flüchtlingen öffentlich zu erklären und so ihre Solidarität mit den Flüchtlingen zum Ausdruck zu bringen. Die Kosten der Aufnahme und Unterbringung, die vom Land zu erstatten sind, können umso niedriger gehalten werden, je besser es gelingt, die Flüchtlinge vor Ort zu integrieren. Voraussetzung dafür ist, dass die Flüchtlinge Freizügigkeit genießen, in die Integrationsberatung vor Ort eingebunden werden und uneingeschränkt arbeiten dürfen.

Rund 2,7 Millionen Menschen sind innerhalb des Iraks auf der Flucht. Allein in Syrien und Jordanien leben inzwischen 2,5 Millionen Flüchtlinge aus dem Irak unter desolaten Bedingungen. Beide Staaten haben die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterschrieben und können die Flüchtlinge oft nicht vor weiteren Übergriffen schützen.

Eine weitere Flucht der durch den Bürgerkrieg vertriebenen Menschen nach Europa wird durch massive Flüchtlingsabwehr an den europäischen Außengrenzen weitgehend verhindert. Die Debatte um eine Aufnahme von doch wohl eher symbolischen Flüchtlingskontingenten im Rahmen eines Resettlement-Programms ist insofern auch das Ergebnis einer erfolgreichen Flüchtlingsabwehrpolitik. Angesichts dieser Situation fordern wir nicht nur eine drastische Aufstockung des in Deutschland aufzunehmenden Flüchtlingskontingentes, sondern auch eine Öffnung der Grenzen für Schutz suchende Flüchtlinge."

gez. Norbert Grehl-Schmitt, Vorsitzender, Presseerklärung Nds. Flüchtlingsrat 27.11.2008 ■

Endlich: Schulpflicht auch für Flüchtlingskinder

STUTTGART. Am 22. November trat das geänderte baden-württembergische Schulgesetz in Kraft. Von nun an gilt die Schulpflicht auch während der Zeit des Asylverfahrens und für geduldete Flüchtlingskinder. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. begrüßt diese längst überfällige Entscheidung, durch die endlich eine der vielen menschenrechtswidrigen Diskriminierungen gegenüber Flüchtlingskindern aufgehoben wurde. Als eines der letzten Bundesländer kommt damit die Landesregierung mit über dreijähriger Verspätung einer Verpflichtung durch die EU-Richtlinie „Aufnahmebedingungen" nach (trat am 6.2.2003 in Kraft, die Umsetzungspflicht lief am 6.2.2005 ab). Damit setzt sie auch erst jetzt mit über zweijähriger Verspätung ihren Koalitionsbeschluss um. Bisher hatten Kinder, deren Eltern nicht als Asylbewerber anerkannt waren, lediglich ein Schulantragsrecht, d.h. sie durften zur Schule gehen, waren aber nicht dazu verpflichtet.

Nur eine juristische Spitzfindigkeit? Keineswegs: Den Kindern entstanden zahlreiche Nachteile und das über viele Jahre, oft während der gesamten Schulzeit, denn Duldungen von 10 und 15 Jahren sind nicht selten. So gab es z. B. kein offizielles Informationsverfahren; ob die Flüchtlinge vom Schulantragsrecht erfuhren, hing oft vom Engagement Einzelner, z.B. der Sozialarbeiter ab. Die Kinder konnten bei Kapazitätsproblemen der Schule oder bei Verhaltensproblemen jederzeit der Schule verwiesen werden. Vor allem nach Ablauf der Vollzeitschulschulpflicht wird Kindern, die nur Schulrecht haben, sehr häufig jeder weitere Schulbesuch verwehrt, mit den bekannten negativen Folgen für die Betroffenen und die Gesellschaft. Das trifft leider nicht auf andere Abschreckungsmaßnahmen gegen Flüchtlinge zu.

Weiterhin bestehen u.a. die Residenzpflicht und das Asylbewerberleistungsgesetz, das Sachleistungen statt Bargeld vorschreibt. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg appelliert an die Landesregierung, diese inhumane und für die Flüchtlinge sehr belastende Behandlung im eigenen Land zu ändern bzw. sich bei der Bundesregierung für eine Änderung der Gesetze einzusetzen. Nachdem die Zugangszahlen der Flüchtlinge jedes Jahr geringer werden, sind diese zur Abschreckung beschlossenen Maßnahmen nicht mehr gerechtfertigt und erschweren unverhältnismäßig das Leben von Menschen, die unserer Unterstützung bedürfen.

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ■

Yes we can!

Der Bayerische Landtag hat einstimmig beschlossen, die Münchner Containerlager für Flüchtlinge in der Rosenheimer Straße und der Waldmeisterstraße bis zum 31.12.08 zu schließen

Am Mittwoch, den 3.12.2008, musste sich der Bayerische Landtag auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den beiden Flüchtlingslagern in Containerbauweise in der Rosenheimer Straße und der Waldmeisterstraße befassen. Wurden solche Anträge der Grünen in der Vergangenheit von der allein regierenden CSU ausgesessen, abgeschmettert und abgeblockt, scheint nach dem Verlust der absoluten Macht ein neuer Wind in den Landtag einzuziehen.

Heute entschied hingegen das Plenum einstimmig, die beiden Flüchtlingslager aufgrund des verheerenden baulichen und hygienischen Zustands zum 31.12.08 zu schließen. Am 9.12.08 soll bei einem Runden Tisch mit VertreterInnen der Landtagsfraktionen, der Regierung von Oberbayern und der Landeshauptstadt München entschieden werden, wo und wie die betroffenen ca. 450 Flüchtlinge in München untergebracht werden können.

Der Bayerische Flüchtlingsrat begrüßt diesen einstimmigen Beschluss. „Wir freuen uns, dass die FDP, unterstützt durch die Münchner Jungen Liberalen, beweist, dass ihr die Forderung nach Abschaffung der Flüchtlingslager in Bayern ein wirkliches Anliegen ist. Es darf jedoch nicht nur bei der Schließung dieser beiden Lager bleiben.

In Bayern existiert ein umfassendes System mit 140 Lagern für 8.400 Personen. Diese Lager müssen abgeschafft werden, die einzig sinnvolle Alternative ist die Unterbringung in Privatwohnungen, wie es in anderen Bundesländern längst üblich ist", kommentiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Quelle. Pressemitteilung, 3.12.2008 Bayerischer Flüchtlingsrat ■

Zahl der Boatpeople steigt: Dramatische Zahlen des UNHCR

Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) vermeldete Anfang November 2008 in weiten Teilen Europas und dem mediterranen Raum bereits weit mehr Boatpeople als im letzten Jahr.

Von Januar bis Oktober 2008 sind rund 30.000 Boatpeople in Italien angekommen, im letzten Jahr waren es insgesamt 10.000 weniger. Auf Malta stieg die Zahl der ankommenden Papierlosen von 1.800 im Jahr 2007 auf 2.600. Auch wenn in Griechenland nur Zahlen bis Juni 2008 verfügbar sind, zeigt sich hier ein ähnliches Bild: Im letzten Jahr erreichten knapp 20.000 Boatpeople die Küsten Griechenlands. Bis Juni dieses Jahres waren es jedoch bereits rund 15.000 Menschen. In Spanien und den Kanarischen Inseln ist der Anstieg der Boatpeople nicht ganz so drastisch. Bis Oktober 2008 versuchten 10.700 Menschen die Flucht übers Meer, gegenüber 9.100 im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor.

In Italien haben im letzten Jahr ein Drittel (rund 10.000) der Angelandeten Asyl beantragt, wobei durchschnittlich die Hälfte (rund 5.000) auch Asyl erhält. Auf Malta bitten rund achtzig Prozent der Ankommenden (rund 2.000) um Asyl, von denen rund sechzig Prozent (rund 1.200) anerkannt werden. In Spanien dagegen liegt der Anteil der Asylbewerber unter den Boatpeople bei lediglich drei Prozent (rund 300).

Der Tod von Oury Jalloh bleibt ungesühnt

PRO ASYL fordert Entschädigung der Familie des Todesopfers und Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission

Mit dem Freispruch der Dessauer Polizisten bleibt der Verbrennungstod des schwarzen Asylsuchenden Oury Jalloh ungesühnt, ein Polizei- und Ermittlungsskandal bleibt ohne Folgen für die Beteiligten. Wer sich von dem Strafprozess eine Aufklärung des Geschehens und eine angemessene Ahndung polizeilicher Gewaltanwendung erwartet hatte, sieht sich getäuscht. Die Brandursache ist auch nach 22 Monaten Prozessdauer nicht geklärt. Das Gericht ist beim Versuch der Aufklärung nicht zuletzt an einer Mauer des Schweigens von Seiten der Polizeizeugen und einer Fülle von Ermittlungspannen gescheitert, die in dieser Vielzahl letztendlich nur die Schlussfolgerungen zuließen: Am Tattag war in der Polizeizelle Nummer 5 im Dessauer Polizeirevier alles möglich. Der vorsitzende Richter hat in seiner mündlichen Urteilsbegründung deutliche Worte für diese Zustände gefunden und erklärt, vor diesem Hintergrund sei ein rechtsstaatliches Verfahren nicht möglich gewesen. Somit sind die Freisprüche von Dessau Zeichen einer Krise des Rechtsstaats.

Im Verfahren ist ein Organisationsversagen der Polizei von dramatischen Ausmaßen zutage getreten. Von einem unabwendbaren Unglücksfall kann jedenfalls in diesem Kontext nicht die Rede sein. Auch deshalb fordert PRO ASYL eine angemessene staatliche Entschädigung der Familie des Todesopfers und die Einsetzung einer unabhängigen Expertenkommission. Sie soll alle Todesfälle in Polizei- und Abschiebegewahrsam untersuchen.

Das Gericht hat sich frühzeitig auf die durch nichts bewiesene These der Staatsanwaltschaft festgelegt, Oury Jalloh habe die feuerfeste Matratze im Gewahrsam, an Händen und Füßen gefesselt, selbst entzündet. Nicht nur dies ist ungeklärt. Alternative Szenarien – inklusive Fremdeinwirkung – sind nicht ausreichend aufgeklärt worden. Staatsanwaltschaft und Gericht wollten von vornherein das Undenkbare nicht denken. Das Gericht konzentrierte sich frühzeitig im Verfahren auf die Minuten nach dem Ausbruch des – wie auch immer entstandenen – Feuers und damit auf die Frage, ob der Hauptangeklagte Andreas S. bei rechtzeitigem Handeln Oury Jalloh noch hätte retten können.

Eines zumindest hat das Strafverfahren geleistet: Es gibt einen tiefen Einblick in die skandalösen Zustände im Dessauer Polizeirevier. Es beleuchtet ein makabres Stück bundesdeutschen Polizeialltags, geprägt von Korpsgeist und einer Mauer des Schweigens. In der Urteilsbegründung hat der vorsitzende Richter auf dreiste Versuche von Polizisten hingewiesen, die juristische Aufarbeitung dieser Tragödie zu hintertreiben. Die Tumulte im Gerichtssaal

Demonstration in Dessau am 11.12.

nach der Urteilsverkündung waren Ausdruck der Empörung darüber, dass der Tod eines Schwarzen in den Händen der Polizei zum wiederholten Mal unzureichend aufgeklärt wurde und ungesühnt blieb. Die Betroffenheit gerade auch der schwarzen Community in Deutschland ist verständlich: Unter den Opfern exzessiver Polizeigewalt, in Deutschland und in anderen EU-Ländern, sind viele Schwarze. Demgegenüber sind die meisten Verantwortlichen noch heute im Polizeidienst.

Gefesselt, geknebelt, lagebedingt erstickt – so starben in EU-Staaten u.a. Kola Bankole, Joy Gardner, Amir Ageeb, Marcus Omofuma, Mariame Getu Hagos, Samson Chukwu, Semira Adamu, Osamuyia Aikpitanhi, Cheibani Wague. Und erst in der letzten Woche hat der Ausgang des sogenannten „Brechmittelprozesses“ vor dem Bremer Landgericht gezeigt, dass Unwissen und berufliche Unfähigkeit durchaus Täter vor Strafe schützen, wenn das Opfer ein Schwarzer ist.

Das Urteil wird der Tatsache nicht gerecht, dass die beteiligten Polizeibeamten den alkoholisierten Oury Jalloh durch die Ingewahrsamnahme und die unverantwortliche Fixierung an Händen und Füßen bewusst in eine ausweglose Gefahrenlage gebracht hatten. Sachverständige im Verfahren haben dieses Vorgehen ohne ständige Kontrolle, ohne jede medizinische Betreuung, als gefährlich und verantwortungslos bezeichnet. Dies hätte strafrechtlich relevant sein müssen, denn das Handeln der Polizei schuf die Voraussetzungen für diese Tragödie.

Nach dem Urteil: Konsequenzen sind nötig

Der Dessauer Polizeiskandal und seine unzureichende justizielle Aufarbeitung sind geprägt von Ungereimtheiten und Schlampereien, unhaltbaren Hypothesen, Gedächtnislücken und Lügen, Widersprüchen und Vertuschungen, von verschwundenen Beweisstücken und unterlassenen Ermittlungen. Es handelt sich um einen weiteren Fall organisierter Verantwortungslosigkeit. Die individuelle Schuld macht sich in der Institution unangreifbar, ist verspäteten juristischen Aufklärungsversuchen gegenüber resistent. Das Aussageverhalten der Polizeizeugen im Prozess war ein Anschlag auf den Rechtsstaat. Die dilettantischen Ermittlungen sind mit Schlamperei kaum zu erklären.

Es gibt allerdings eine organisatorische Gesamtverantwortung. Auch deshalb dürfen dieser Prozess und dieses Urteil nicht das letzte Wort sein. PRO ASYL fordert eine angemessene Entschädigung der Familie des Todesopfers. Wir halten es darüber hinaus, wie die „Initiative im Gedenken an Oury Jalloh“ für nötig, dass alle Todesfälle im Polizei- und Abschiebegewahrsam und aufgrund von Polizeigewalt an anderen Orten von einer unabhängigen internationale Expertenkommission untersucht werden.

In Dessau ist erneut deutlich geworden, dass das strukturelle Problem der organisierten Verantwortungslosigkeit mit den Mitteln der Justiz allein nicht zu fassen ist. Es müssen dringend weitere politische Konsequenzen gezogen werden – etwa was die personellen Verantwortlichkeiten, die Qualität gewahrsamsärztlicher Untersuchungen und die Menschenrechtsbildung im Bereich der Polizei anbelangt. Dem im Verfahren sichtbar gewordenen Korpsgeist bei der Polizei muss entgegengewirkt, Fehlentwicklungen auch mit Hilfe von unabhängigen Kontrollinstitutionen begegnet werden, wie zum Beispiel einem Polizeibeauftragten mit besonderen Kontrollbefugnissen.

Der Umgang der Polizei mit Oury Jalloh bereits in den letzten Stunden vor seinem Tod verdeutlicht erneut die Dehumanisierung schwarzer Menschen in diesem Land. Die beginnt nicht erst in Polizeizellen. Das Dessauer Urteil allerdings ist Wasser auch auf die Mühlen des alltäglichen Rassismus.

gez. Bernd Mesovic Referent
Presseerklärung proasyl v. 9.12.2008 ■

Auch die Zahl der Verunglückten steigt bedauerlicherweise immer weiter: Im Jahr 2008 starben 509 Menschen vor der Küste Italiens und Maltas, Tendenz steigend. Durch die kriegerischen Zustände in Somalia hat auch der Menschenschmuggel durch den Golf von Aden drastisch zugenommen. Allein bis Oktober sind etwa 38.000 Menschen durch den gefährlichen Golf im Jemen angekommen. 2007 waren es nur 29.500. Offiziell gelten bis jetzt 600 Menschen als tot oder vermisst.

Weitere Informationen unter:
www.unhcr.de/aktuell
Quelle: Forum Migration Dez.2008 ■

Ausländerpolizei hat weder Humor noch Sinn für Satire: Ein irrer Prozess in Rennes

Das französische Innenministerium versteht keinen Spaß, wenn es um die Ehre seiner Schergen, pardon: seiner Ausländerpolizei geht. Jene hört auf den griffigen Namen „Paf“, für ‚Police aux frontières‘ (gleich „Polizei an den Grenzen“). Pafff...! Auch jene, die damit betraut sind, im Auftrag der Politik die Drecksarbeit zu verrichten, haben ebenso wenig Sinn für Ironie und Humor, wird ihre vermeintliche „Ehre“ angegriffen.

Und so kam es, dass ein Alles in Allem ziemlich irrer Prozess im westfranzösischen Rennes anberaumt wurde. Am vergangenen Freitag (12. Dezember) fand die mündliche Verhandlung statt, das Urteil fällt voraussichtlich am 12. Januar 2009. Als Kläger trat das französische Innenministerium auf, das – und dies ist jedenfalls bislang durchaus ungewöhnlich – Strafanzeige aufgrund des Inhalts eines kritischen Flugblatts erhoben hatte. Vorwurf: „Verletzung der Ehre der Ausländerpolizei“. Angeklagt waren Mitglieder des „Kollektivs für die Unterstützung der Sans papiers“ von Rennes, also des Solidaritätskollektivs für die „illegalisiert“ in Frankreich lebenden Einwanderer.

Konkret ging es in dem Flugblatt vom April 2008, das die inkriminierten Äußerungen enthielt, um eine Kritik an – sehr realen – Praktiken der Ausländerpolizei (PAF). Ironisch wird darin für eine Bewerbung um einen Job bei der Ausländerpolizei geworben. Und auf sarkastische Weise werden die „Befriedigungen“ dieses Berufs ausgemalt, wobei die Schilderungen von real zu beobachtenden Praktiken ausgingen: „die Sans papiers in ihrem Zuhause aufsammeln“; „Kontrollen nach Aussehen organisieren“ (Anm.: bei denen beispielsweise nur ‚afrikanisch aussehende‘ Menschen um eine Personalienfeststellung ersucht werden); „den Sans papiers jedes Mal, wenn Du einen Ortswechsel mit ihnen vornimmst, Handschellen anlegen“; und „wenn Du die Kinder liebst, dann darfst Du sie einsperren“.

Ferner wird versprochen, dass man „einem Sans papiers, der zu viel Lärm veranstaltet, eine kleine Beruhigungsspitze verabreichen darf“. Besonders in der Klage, die das französische Innenministerium einreichte, hervorgehoben werden aber die folgenden Bemerkungen: „Die PAF liebt rassistische Witze“, und: „Die PAF ist der bewaffnete Arm der Xenophobie (Ausländer-, Fremdenfeindlichkeit) des Staates“.

Anlass für das Erstellen und Verteilen des Flugblatts war die brutale Kontrolle von sieben Oberschülern – ausnahmslos afrikanischer Herkunft – im Bahnhof von Rennes gewesen. Drei Flugblätter und zwei Plakate, die beschlagnahmt worden waren, dienten dem französischen Innenministerium unter Michèle Alliot-Marie (UMP) als Grundlage für seine Strafanzeige. Empfindlich, empfindlich, die werten Ministerialbeamten...

Das französische Innenministerium griff sich konkret drei Personen aus dem Solidaritätskollektiv heraus, die vor Gericht gestellt wurden. Jedoch fanden sich am vergangenen Freitag Dutzende von Personen ein, von denen sich rund 30 vor Gericht „selbst bezichtigten“, dasselbe Delikt begangen zu haben – um darauf aufmerksam zu machen, dass es sich um eine kollektive politische Handlung und nicht um eine individuelle „Tat“ drehe. Der Verhandlungssaal war so proppenvoll.

Als Zeuge der Verteidigung sagte auch der sozialdemokratische Bezirkspräsident Jean-Louis Tourenne aus. Er sprach vor Gericht über die zahlreichen „Erniedrigungen“ besonders von minderjährigen Immigranten durch die PAF – etwa in Gestalt der Handknöchel-Untersuchung, die dazu dienen soll festzustellen, wer minderjährig und wer (angeblich) schon volljährig ist. Der Staatsanwalt betonte in der Verhandlung seine angebliche „Unabhängigkeit“ (in Wirklichkeit sind die Staatanwaltschaften an Weisungen aus dem Justizministerium gebunden). Er sprach seine Anerkennung für den „uneigennützigen Kampf“ des Solidaritätskollektivs aus, lobte aber auch die „Deontologie“ (ungefähr: Standesehre) des betroffenen Zweiges der französischen Polizei. Und forderte eine, obwohl „symbolisch“ bleibende, Geldstrafe.

Das Urteil wird im Januar bekannt gegeben...

BhS, Paris ■

Gegen rassistische Polizeigewalt

HANNOVER. Am Mittwoch, den 26.11. wurde Ameyiza Koamivi Agos Assimewlui während einer Razzia wegen des Vorwurfs des Drogenhandels und Überprüfung seiner Papiere festgenommen und auf der Polizeiwache Herschelstraße demütigend behandelt. Der Vorwurf der Polizei hat sich nicht bestätigt und war offensichtlich substanzlos und rassistisch motiviert.

Auf der Polizeiwache musste Ameyiza Koamivi Agos Assimewlui sich nackend ausziehen. Gegen 1.30 Uhr forderten die Ermittler ihn auf, zu gehen. Er weigerte sich mehrfach, kein Wunder nach dem Schock der Festnahme und Behandlung. Er ist anschließend unbekleidet mit seiner Kleidung unter den Armen auf die Straße gesetzt worden. Der dafür zuständige Beamte wurde zwar versetzt, aber so ein Polizeisprecher: „Wir werden uns nicht bei dem Mann entschuldigen. Wir haben einen Fehler gemacht, aber schließlich ist er unbekleidet losgegangen.“

Unter der Forderung „Solidarität mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt! Herschelwache und alle anderen rassistischen Behörden dicht machen!“ riefen antifaschistische und antrassistische Gruppen zu einer Demonstration am 3.12. aufgerufen. In dem Aufruf heißt es:

“Wir solidarisieren uns mit den Opfern des staatlichen Rassismus. Der rassistische Übergriff auf Ameyiza Koamivi Agos Assimewlui ist kein Einzelfall. Immer wieder kommt es zu Übergriffen von der Polizei auf MigrantInnen und Flüchtlinge. Ganz zu schweigen von dem staatlich verordneten Rassismus, der sich in Abschiebungen, Lagern und Sondergesetzen für Nicht-Deutsche ausdrückt.

Die Herschelwache tut sich aber auch sonst immer wieder gerne mit brutaler Gewalt und gezielten Demütigungen hervor. Dies trifft nicht nur aber gerade im speziellen MigrantInnen. ... Wir wenden uns gegen diesen Zustand mit einer Demonstration unter dem Motto: „Solidarität mit den Opfern rassistischer Polizeigewalt! Herschelwache und alle anderen rassistischen Behörden dicht machen!“.

Am Abend des 3.12.2008 haben in der Innenstadt von Hannover über 180 Menschen gegen rassistische Polizeigewalt demonstriert. Die Demo zog durch die Innenstadt bis direkt vor die Herschelwache. Ein Mitglied der Afrikanischen Community Hannover in seinem Redebeitrag vor der Polizeiwache: „Der Fall von Koamivi Agos Assimewlui ist kein Einzelfall! Wir müssen jeden Tag die Augen offen halten, den Rassismus gibt es jeden Tag in Deutschland!“

Michael Mayer, einer der Organisatoren sagte: „ Die Polizeiinspektion Mitte ist schön öfter durch gewalttätige Übergriffe aufgefallen. Es wird höchste Zeit, dass dem Einhalt geboten wird. Wir werden die Herschelwache genau im Auge behalten!“ *Quelle: Nds. Flüchtlingsrat* ■

Notfallfonds für Menschen ohne Papiere

HANNOVER. Die Hannoversche Landeskirche hat einen Notfallfonds aufgelegt, mit dem Menschen ohne Papiere in medizinischen Notsituationen geholfen werden kann. Der Fonds wurde zunächst mit 10.000 Euro ausgestattet, mit denen Medikamente und Operationen bezahlt werden können. Es sei Christenpflicht, jedem Menschen beizustehen, auch wenn er keine angemessenen Papiere habe, so sagte die Landesbischöfin Margot Käßmann, die in Hannover die Ausstellung „Leben im Verborgenen, Menschen ohne Pass und Papiere in Deutschland" eröffnete. Sie setzte sich zugleich für Ausnahmen von der Meldepflicht ein, damit Kinder von Menschen ohne Papiere die Schule oder den Kindergarten besuchen können. ■

Bilanz des JRS-Rechtshilfefonds zeigt: Abschiebungshaft oft zu schnell angeordnet

BERLIN. Kurz nach seiner Ankunft wurde Ali K., ein 17-jähriger Afghane, am Flughafen in Berlin festgenommen und in die Abschiebungshaft gebracht. Sein Problem: Er war über Griechenland eingereist, und musste damit nach der Dublin II-Verordnung dorthin zurückgeschoben werden, weil der Staat, in dem der Flüchtling erstmals EU-Boden betreten hat, weiterhin auch für ihn zuständig ist. Sein Onkel und seine Tante, die vor 16 Jahren aus Afghanistan geflohen waren und nun einen rechtmäßigen Aufenthalt in München besitzen, baten den JRS um Hilfe. Ali, dessen Körper von Folterspuren aus Afghanistan gezeichnet ist, sagte, dass er lieber sterben würde, als nach Griechenland zurückgeschoben zu werden, denn er kenne die miserablen Zustände dort und er habe außerdem Angst, dann weiter bis nach Afghanistan abgeschoben zu werden. Mit Hilfe des Rechtshilfefonds konnte ein Rechtsanwalt ihn schnell aus der Haft frei bekommen. Seine Verwandten warteten schon vor den Toren der Haft auf ihn. Sie konnten ihn direkt nach Bayern mitnehmen, wo nun sein Asylverfahren läuft.

Solche drohenden Rückschiebungen machen inzwischen den größten Teil der Fälle aus, bei denen der Jesuiten-Flüchtlingsdienst mit Hilfe des Rechtshilfefonds für Abschiebungshäftlinge die Anwaltskosten teilweise übernimmt. 2008 waren 13 Iraker die stärkste Ländergruppe, die vom Rechtshilfefonds unterstützt wurde. Die Betroffenen waren überwiegend über Griechenland eingereist waren. Dort wird es den Betroffenen oftmals verweigert, einen Asylantrag zu stellen. Stattdessen werden sie unter schlechten Bedingungen inhaftiert, bekommen keinerlei Unterkunft und soziale Hilfe, wenn sie freigelassen werden, sondern eine Aufforderung, innerhalb von 30 Tagen das Land zu verlassen. Tausende leben auf der Straße, müssen in Parks, Abbruchhäusern, auf öffentlichen Plätzen übernachten. Wenn ihnen die Weiterreise nach Deutschland gelingt, werden sie wiederum wegen illegaler Einreise inhaftiert, um sie nach der Dublin II-Verordnung nach Griechenland zurückzuschicken. Menschen und Verantwortung werden einfach abgeschoben. Die katastrophalen Zustände in Griechenland sind bekannt (siehe Berichte UNHCR vom April 2008, Pro Asyl und Human Right Watch vom November 2008), werden aber aus politischer Rücksichtnahme nicht zur Kenntnis genommen. Dabei könnte Deutschland durchaus die Problematik entschärfen, indem es großzügiger von dem sogenannten Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht und sich für das entspr. Asylverfahren zuständig erklärt.

Insgesamt hat der Rechtshilfefonds 2008 bislang für 80 Abschiebungshäftlinge Anwaltshonorare in Höhe von insgesamt mehr als 15.000 EUR finanziert, um die Verhängung von Abschiebungshaft zu überprüfen oder andere asyl- und ausländerrechtliche Schritte einzuleiten. Nachdem 2007 der Europäische Flüchtlingsfonds die Hälfte der Kosten anteilig mitfinanziert hatte, soll die Förderung auch in diesem Jahr weitergehen. Die andere Hälfte der Kosten muss der Jesuiten-Flüchtlingsdienst mit Hilfe von Spenden finanzieren.

Von den bislang 80 übernommenen Fällen wurden immerhin 48 Personen aus der Abschiebungshaft entlassen. Dies bedeutet, dass in 60 % dieser Fälle Menschen rechtswidrig inhaftiert waren. Damit bestätigt diese Bilanz nachdrücklich, dass Menschen oft immer noch vorschnell in Abschiebungshaft genommen werden.

Denn eine solche Praxis verfolgt derzeit die Bundespolizei an der deutschen Ostgrenze. Sie macht am Hauptbahnhof in Eisenhüttenstadt scharfe Personenkontrollen, insbesondere bei Personen, die optisch nicht aus der dortigen Region zu stammen scheinen.

Mehrere afrikanische Flüchtlinge wurden in den vergangenen Wochen festgenommen, als sie auf dem Weg waren, um einen Asylantrag zu stellen. So wie Rut T. aus Kenia. Auf dem Bahnhof hatte sie einen Polizisten nach dem Weg zur Behörde gefragt, wo sie einen Asylantrag stellen könne. Daraufhin verfolgte ein Polizeiauto ihr Taxi, stellte sich vor dem Eingang quer, und Rut wurde wenige Meter vor der Tür zur Behörde verhaftet. In ihrem Haftbeschluss heißt es, sie würde untertauchen und wolle mit den deutschen Behörden nicht kooperieren. Rut wurde, im 6. Monat schwanger von einem Deutschen, drei Wochen nach ihrer Inhaftierung, nach Italien zurückgeschoben. Dort hatte sie sich vor ihrer Reise nach Deutschland aufgehalten. Eine andere Kongolesin befand sich schon auf dem Gelände der Zentralen Ausländerbehörde, als sie mit ihrem Gepäck wieder nach draußen gerufen wurde. Dort wurde sie von der Bundespolizei verhaftet. Sie wurde nach 10 Tagen freigelassen und befindet sich derzeit im Asylverfahren.

Quelle: JRS-Infobrief Dezember 2008 ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islam- und Türkenfeindlichkeit als Leitmotiv

Junge Freiheit Nr. 49/08 vom 28. 1.2008

Der Schwerpunkt des Blattes ist die angebliche Gefährdung des Christentums durch den Islam, Berichte über Christenverfolgung im Nahen Osten dienen als Hintergrund für die vom Blatt heraufbeschworene Islamisierung Westeuropas. Die Feststellung des Grünen-Vorsitzenden Cem Özdemir, an den Schulen werde zu wenig Türkisch-Unterricht angeboten, nimmt das Blatt zum Anlass, Özdemir in eine Reihe mit dem türkischen Ministerpräsidenten Erdogan zu stellen: „Özdemir Vorstoß, der vordergründig als Extrawurst für türkische Problemkinder im deutschen Schulsystem daherkommt – ‚Mehrsprachigkeit entfalten' heißt das im Multikulti-Schönfärb-Sprech –, stellt in Wahrheit alle Parameter auf den Kopf … Das mag die verdiente Quittung für gescheiterte Integrationsillusionen sein. Es mag auch gefälliger verpackt sein als die arroganten Auftritte von Ministerpräsident Erdogan. Wir sollten uns dennoch allmählich daran gewöhnen, Politiker wie Özdemir als Trojanisches Pferd der schleichenden Türkisierung Deutschlands zu betrachten."

Krach in der NPD?

Junge Freiheit Nr. 50/08 vom 5.12.2008

Über Auseinandersetzungen im NPD-Parteivorstand berichtet das Blatt. Der nächste Parteitag soll nicht mehr im Herbst 2009, sondern bereits im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden. Generalsekretär Marx verkündete, der sächsische Landtagsabgeordnete Holger Apfel wolle gegen Udo Voigt zum Vorsitzenden kandidieren, Apfel bestreitet diese Absicht. Auslöser der Auseinandersetzung sind die Unterschlagungen des ehemaligen Bundesschatzmeisters in Höhe von einer dreiviertel Million Euro. Voigt soll ebenfalls in die Unterschlagungsaffäre verwickelt sein. Der Fraktionsvorsitzende der NPD in Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, der enge Verbindungen zu den freien Kameradschaften hat, erklärt seine Bereitschaft zur Kandidatur: „Die Partei muss sich vom Kopf her erneuern. Es ist längst überfällig, dass Herr Voigt Verantwortung übernimmt," zitiert ihn das Blatt.

Relativierung der Menschenrechte

Junge Freiheit Nr. 51/08 vom 12. Dezember 2008

Im April wird in Genf eine Konferenz der UNO über Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz stattfinden. Die Organisation der Islamischen Konferenz will dort nach Angaben des Blattes eine Resolution gegen die um sich greifende Islamphobie einbringen. Das ist Anlass für das Blatt, festzuhalten: „Wie sich die Zeiten ändern. Einst war die Berufung auf die Menschenrechte ein wirksames Mittel der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Sowjet-Imperium … Nach 1989 aber sind Argumente wie die von Alain de Benoist in den Vordergrund getreten: ‚Wenn der Begriff der Menschenrechte ein rein westlicher ist, kann kein Zweifel bestehen, dass seine globale Verallgemeinerung eine Einmischung von außen darstellt, eine andere Art der Bekehrung und Beherrschung, eine Fortsetzung des kolonialen Syndroms.' Nur sind die Kräfteverhältnisse heute andere, als Benoist sie noch zugrunde gelegt hat. Die ‚Menschenrechte' sind eine Waffe geworden, die sich gegen den Westen selbst kehrt." Für Anhänger des Islam sollen sie jedenfalls nicht gelten – Religionsfreiheit gilt nur für die christlichen Religionen. *uld* ■

Passauer Polizeichef von Neonazi niedergestochen

Mit einer Erklärung ihres Vorsitzenden Udo Voigt hat die NPD umgehend auf den Mordversuch an dem Passauer Polizeichef am 13.12. reagiert. Man setze sich mit dem Gegner politisch auseinander und nicht mit Gewalt, heißt es. Allerdings habe der Passauer Polizeichef viele Gründe geliefert, sich mit ihm „politisch und auch juristisch auszusetzen". Er habe sein Amt missbraucht und die nationale Opposition verfolgt, behauptet Voigt und „der skrupellose Polizeieinsatz" auf dem Friedhof bei dem Begräbnis von Friedhelm Busse sei allen Beteiligten noch in guter Erinnerung. Kein Wort zur Hakenkreuzfahne, mit der Busse beerdigt wurde. Kein Wort zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen, die sich Rechtsradikale nach der Beerdigung mit der Polizei lieferten und erneut anlässlich des Volkstrauertages.

Noch sei kein Täter ermittelt, schon rufe man erneut nach dem Verbot der NPD. Voigt wörtlich: „… der Ruf nach einem Verbot der NPD wird ausgerechnet wieder von der CSU erhoben, welche schon einmal als Anstifter des 2001 erfolglos eingeleiteten Verbotsverfahrens gegen die NPD in Szene gesetzt hat. Auch damals lösten ‚feige Anschläge von Rechtsradikalen' … eine Pogromstimmung und ein Kesseltreiben gegen national denkende Bürger aus. ... Bekanntermaßen waren weder irgendwelche ‚Rechtsradikale' oder gar NPD-Mitglieder die Täter."

Recherchen des Berliner Tagesspiegels und der Frankfurter Rundschau ergaben, dass seit Oktober 1990 mindestens 99 Menschen durch rechts motivierte Täter getötet wurden. Da mag Voigt noch so oft beteuern, für die NPD sei „Gewalt kein Mittel". Rechtsradikale Hetze beinhaltet Gewalt und es gibt in dieser Szene auch genügend Kräfte, die nicht vor Gewalt zurückschrecken und mit denen die NPD seit Jahren Zusammenarbeit praktiziert. *u.b.* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507

Zur Spendenkampagne für die AN:
2082,- Euro sind bisher eingetroffen, damit wurde das Spendenziel von 2000 Euro bis Jahresende erreicht! Wir danken allen Spenderinnen und Spendern.
Spendenkonto: GNN-Verlag, Postbank Köln, BLZ 370 100 50 KtoNr. 10419507